

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT



FRIDAYS FOR FUTURE

Die 16-jährige Greta Thunberg mobilisiert die Jugend auf der ganzen Welt



KLIMASCHOCK 2050

Wissenschaftler kommen zu einer furchtbaren Prognose



KONZERTVERANTWORTUNG

Neue Initiative will Grosskonzernen an den Kragen



ANGRIFF AUF SAUDI ARABIEN

Lösen jüngste Angriffe einen Krieg im Nahen Osten aus?

DAS SNOWDEN-BUCH

USA beansprucht Einnahmen

US SUPERDROHNE

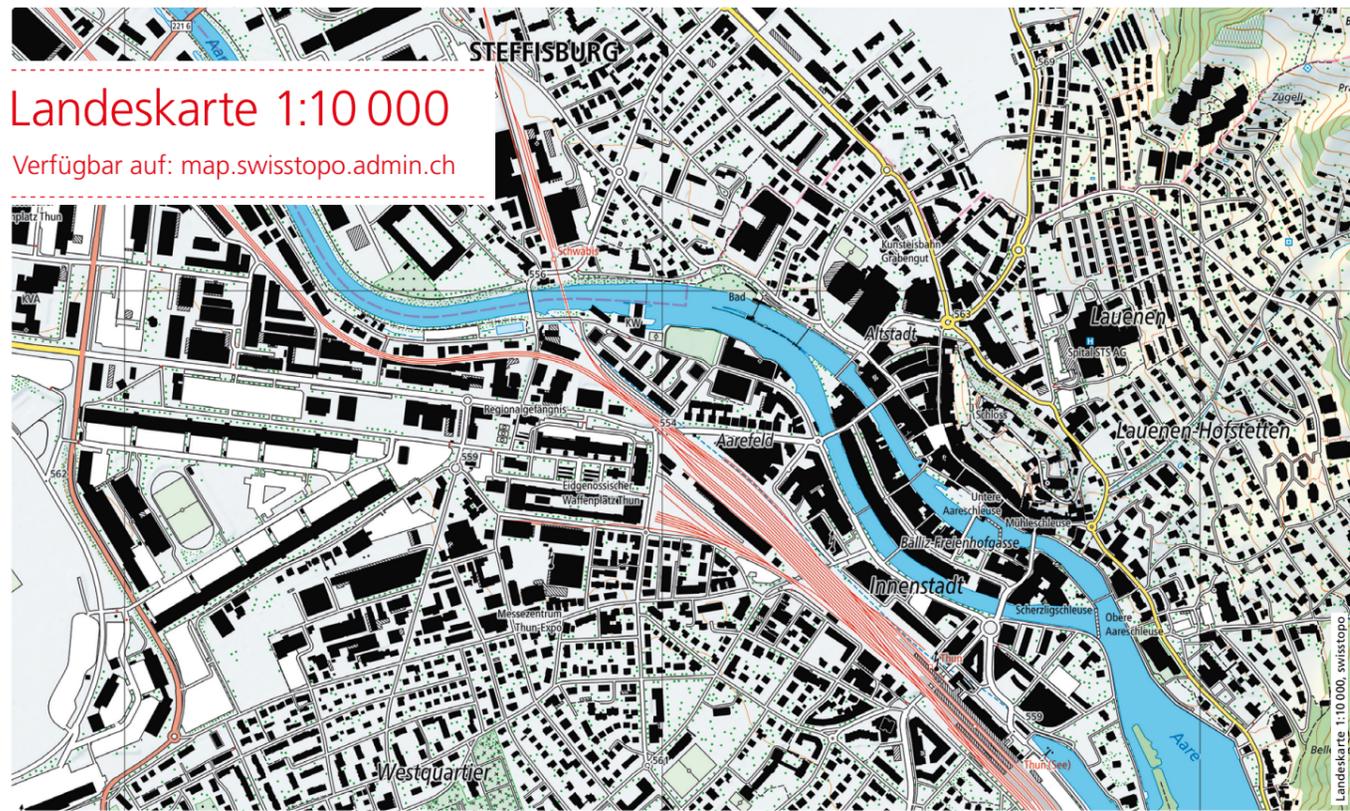
Angriff aus dem Weltall

BLICK IN DIE WELT

Syrien, Brexit, und vieles mehr

Landeskarte 1:10 000

Verfügbar auf: map.swisstopo.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
www.swisstopo.ch

Weitere Infos: swisstopo.ch/lk10



ALLES NOCH IM RAHMEN...

Kündigt sich warmes Wetter an, freuen wir uns meistens, denn das bedeutet: relaxen im Park und bräunen am Strand. Bei den Wörtern „Wärme“ oder „Erwärmung“ denken wir also nicht an Katastrophen, im Gegenteil. Seltsam, dass von Klimaerwärmung gesprochen wird. Denn ganz so angenehm wie ein Sommertag ist das Phänomen ja nicht.

Entschärfung steuert unsere Wahrnehmung

Auch „Klimawandel“ ist nicht besser. Wandel muss nichts Schlechtes bedeuten und klingt nach einem natürlichen, langsamen Prozess. Tatsächlich ist es kein Zufall, dass die katastrophale Zerstörung des Klimas im öffentlichen Diskurs sprachlich so verfasst ist, dass wir an Picknick denken und nicht in Panik verfallen. Niemand möchte gerne im Bewusstsein leben oder einschlafen, dass bereits im Jahre 2050 unsere Zivilisation zerstört sein könnte.

Was geht ab?

„Klimaerwärmung“ und „Klimawandel“ sind Beispiele für die gezielte Entschärfung einer Gefahr, indem wir das Phänomen in einen harmlosen Rahmen stellen. Begleitet und verstärkt wird diese Verharmlosung durch opportunistische Politiker, blinde Journalisten, bezahlte Wissenschaftler und so manch miserabel orientierte Stammtischrunde, überall wo eben die zum Beruhigungsrahmen passenden Begriffe gebraucht werden, in Reden, Artikeln, Expertisen, Talkshows und Gesprächen, Worte, die wie Kuschelpillen die Realität verharmlosen. Dieser gesellschaftlich weitgehend akzeptierte, bequeme Rahmen beeinflusst, welche Bedeutungen und Assoziationen mit einem Begriff verbunden werden.

Wenn die Bedrohung allen Lebens auf diesem Planeten mit Wandel und Wärme, statt mit Katastrophe und Krise, umschrieben wird, findet eine massive Entschärfung der Problematik statt, ohne dass uns das bewusst ist. Besonders wenn sich ein Begriff einmal etabliert hat, kann ein Rahmen eine enorme Wirkung entfalten – und das heisst in diesem Fall: Verharmlosung und Verschleierung der Tatsache, dass der Mensch aktiv seinen Lebensraum zerstört, bildlich den Ast absägt, auf dem er sitzt.

Selbst bestimmen, was wir denken

Wir sind aber dem Phänomen, dass sich unser Gehirn gerne einen, langfristige Gefahren entschärfenden, Rahmen indoktrinieren lässt, nicht hilflos ausgeliefert. Wenn genug Menschen anfangen, nur noch von der „Klimakatastrophe“ zu sprechen, wird dies der neue Rahmen und beginnt sich auch nach und nach durchzusetzen. So wird die Begrifflichkeit der Sache gerechter. Politik ist immer auch eine Frage der Wortwahl! Sagen wir also die Wahrheit auch im Smalltalk, an der Cüppli oder beim Bier am Stammtisch.

Anton Wagner
Herausgeber *protect-it*

FLÜCHTLINGE
VERGEWALTIGUNG
ELENDE
ASYL
SCHICKSAL
MISSBRAUCH
PRIVATSPHÄRE
VERFOLGUNG
KRIEG
ZWANG
TORTUR
VERANTWORTUNG
SKLAVEREI
WILLKÜR
FRAUENRECHTE
MIGRATION
POLITISCHER
MORD
KINDERSOLDATEN
GRENZEN
FOLTER
MENSCHENRECHTS
VERLETZUNGEN
POLITISCHE
GEFANGENE
GEFANGNIS
TODES
STRAFE

Wir liefern eine Antwort!
Werde aktiv auf amnesty.ch



INHALTSVERZEICHNIS



KLIMASCHOCK 2050 - EINE PROGNOSE...

Australische Wissenschaftler kommen zu einer erschreckenden Erkenntnis: Schon 2050 könnte sich die Menschheit selber ausgerottet haben, weil die Erde dann möglicherweise nicht mehr bewohnbar sein wird...

22



TECHNIK US-WELTRAUMDROHNE

Das US-Militär stellt an einer Sicherheitskonferenz ein spektakuläres Fluggerät vor: Das Raumflugzeug X-37B.

16



SCHWEIZ US-KAMPFFLUGZEUG F-35

Der US-Hersteller wirbt offensiv für seinen Kampffjet – lässt sich die Schweizer Stimmbevölkerung so beeinflussen?

20

SCHWEIZ

WAHLEN 2019

Am 20. Oktober wählt die Schweiz den National- und Ständerat. Die Parlamentsmitglieder werden in den nächsten vier Jahren insbesondere klimapolitisch wichtige Entscheidungen treffen müssen, damit die Schweiz die Klimaziele des Pariser Abkommens erreicht. Das macht diese Wahlen zu den vielleicht wichtigsten überhaupt...

32



SCHWEIZ KONZERNVERANTWORTUNG

Eine neue Initiative möchte, dass Schweizer Unternehmen künftig für Menschenrechtsverletzungen gerade stehen müssen

34



ANGRIFF AUF SAUDI ARABIEN

Der Drohnenangriff aufs Herz der Saudischen Ölindustrie könnte im Nahen Osten einen verheerenden Krieg auslösen...

42



BLICK IN DIE WELT

Klimakrise, Brexit, die letzte Schlacht in Syrien, neue Kriegsgefahr im Nahen Osten, Ruf nach Machtwechsel in Venezuela, Krisenstimmung zwischen Indien und Pakistan, Nordkorea provoziert...

6

INHALTSTHEMEN

BLICK IN DIE WELT	6
US-WELTRAUMDROHNE	16
KAMPFJET-WERBUNG	20
KLIMASCHOCK 2050	22
KLIMAWANDEL	28
PARLAMENTSWAHLEN 2019	32
KONZERNVERANTWORTUNG	34
ANGRIFF AUF SAUDI ARABIEN	42
DAS SNOWDENBUCH	48
RASSISMUS	50

IMPRESSUM

EINE PUBLIKATION DER:

kikcom AG
Schartenstrasse 26
5430 Wettingen

HERAUSGEBER:

Anton Wagner

LAYOUT:

kikcom AG

KONTAKT:

info@protect-it.ch
+41 (0)56 203 25 20

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE

(Text, Bild, Hintergrund):

Arnold D. Miligan, Franc Dewalt, Breakthrough National Center for Climate Restoration, Thomas Aalstrut, Oliver Meier Marcel, Anton Wagner, June Carter, Oliver Meier Marcel, Mohamed Wa Baile, Serena O. Dankwa, Tarek Naguib, Patricia Purtschert, Sarah Schilliger, protect-it Archiv, pixabay.com

HINWEISE:

www.protect-it.ch

Von der koreanischen Halbinsel über den indisch-pakistanischen Konflikt um Kaschmir, die sich periodisch zuspitzende Lage am Persischen Golf und die Kriege in Syrien und im Jemen bis zur Ostukraine zieht sich ein Krisenbogen, in dem bewaffnete Konflikte entweder vor sich hin schwelen oder an der Schwelle zum offenen Krieg dahintaumeln.



WELTWEIT

KLIMAKRISE

In New York trafen sich die Spitzen-Politiker der Welt, um am UN Climate Action Summit, einer Art Uno-Klimagipfel, konkrete neue Massnahmen zur Eindämmung des CO₂-Ausstosses zu beschliessen. Die Frage stellt sich, ob die Weltorganisation dazu handlungsfähig ist. Die Forderung des UN-Generalsekretärs Guterres ist deutlich: «Schluss mit den allgemeinen Erklärungen, es müssen endlich Taten her!»

Vor allem die Hauptverursacher der Abgase in der Atmosphäre, müssten effektiv ihre Politik ändern. Allen voran sechs Staaten: China, USA, EU, Indien, Russland und Japan; sie alle verpesteten die Luft jährlich mit mehr als einer Billion Tonnen klimaschädlicher Gase, wobei China mehr ausstösst als die USA und die EU zusammen. Auch gewichtig sind die nächsten Sieben auf der traurigen Rangliste. Ihre Abgase machen weitere 10 % der weltweiten Verschmutzung aus: Südkorea, Australien, Saudi-Arabien, Kanada, Iran, Indonesien und Brasilien. Damit sind also 13 Staaten von über 190 auf dem Globus für mehr als drei Viertel der heutigen Abgas-Emissionen verantwortlich. Sie hätten es in der Hand, die Klimakrise zu bewältigen.

Am Freitag, dem 20. September hat dazu die weltweit wohl grösste Demonstration stattgefunden. Millionen von Menschen auf der ganzen Welt sind auf die Strassen gegangen, um den Aufrufen der Klimaaktivistin Greta Thunberg zu folgen. Sie selbst trat tags darauf in New York beim UN-Jugendklimagipfel auf. Das Statement der 16-jährigen bei ihrer Ansprache: „Gestern sind Millionen Menschen rund um den Globus marschiert und haben wirkliche Klimamassnahmen verlangt, vor allem junge Leute. Wir haben gezeigt, dass wir geeint sind und dass uns junge Leute niemand stoppen kann.“



EU – GROSSBRITANNIEN

BREXIT – DAS CHAOS DAUERT AN

Fast drei Jahre nach dem Referendum ist noch immer nicht sicher, wie es weitergeht. Die Brexit-Debatte wird immer chaotischer und unüberschaubarer. Alle politischen Tricks nimmt Boris Johnson zu Hilfe, um den Brexit zu erzwingen. Jetzt greift sogar der oberste Gerichtshof ein, um das Verhalten des Premierministers im Umgang mit seinem Parlament zu beurteilen. Niemand will sich von seinem Standpunkt entfernen, somit ist das Chaos perfekt und dauert an.

Mit starken Worten trat er an, Boris Johnson. Doch vor dem Parlament erlitt er bisher nur schmerzliche Niederlagen. So musste er das Gesetz schlucken, welches der Regierung verbietet, einen ungeordneten Brexit durchzuführen, falls bis zum 31. Oktober keine Einigung mit der EU erzielt werden kann; dann wäre bei der EU eine Verlängerung der Brexit-Verhand-

lungen bis zum 31. Januar 2020 zu beantragen. Auch durch Johnson verlangte Neuwahlen für den 15. Oktober wurde von den Parlamentariern abgeschmettert. – Die meisten Volkswirtschaften Europas befürchten durch den Brexit erhebliche Schäden und vorübergehend merkliche Konjunkturerbrüche.

USA

TRUMP UND DER WHISTLEBLOWER

Es wird wieder einmal eng für den US-Präsidenten. Am 12. August informierte ein Whistleblower den Generalinspekteur für die Geheimdienste, Michael Atkinson, über ein problematisches Telefonat Trumps vom 25. Juli mit dem neugewählten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Trump soll Selenskyj dabei etwa acht Mal gebeten haben, sich mit den Aktivitäten von Hunter Biden zu befassen, der wäh-

rend Jo Bidens Amtszeit als US-Vizepräsident ab 2014 für eine ukrainische Gasfirma arbeitete. Zu diesem Zweck habe Trump Selenskyj aufgefordert, mit seinem Anwalt Rudy Giuliani zusammenzuarbeiten – angeblich im Tausch gegen Militärhilfe. Dies zielt natürlich darauf ab, gegen den momentan aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, Joe Biden, vorzugehen.

Trump kennt in seiner Auslegung der präsidentiellen Macht keine Grenzen, auch wenn er klar gegen Gesetze verstösst. – Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Joe Biden hat Trump aufgefordert, den Wortlaut des brisanten Gesprächs umgehend zu veröffentlichen. Laut „Washington Post“ sorgte der geschäftsführende Nationale Geheimdienstdirektor Joseph Maguire dafür, dass der Kongress nicht über den Inhalt des Telefonats informiert wurde.



SYRIEN

DIE LETZTE SCHLACHT

Es fehlt nur noch ein kleines Gebiet in Syrien, damit der von den Russen und mit der Unterstützung des Irans an der Macht gehaltene Diktator Baschar al-Assad den totalen Sieg verkünden kann. Erobern müsste er noch die Region um die Stadt Idlib im Nordwestens Idlib, das letzte grosse Rebellengebiet Syriens.

Dominiert wird es von der Al-Kaida-nahen Miliz Haiat Tahrir al-Scham (HTS). Russland, der Partner der Regierung sowie die Türkei als Verbündeter der Rebellen, hatten sich auf eine Deeskalationszone für das Gebiet geeinigt und auch eine Pufferzone zur Türkei hin errichtet. Das kümmert inzwischen Baschar al-Assad wenig. Seit Monaten erfolgen fast täglich Luftangriffe auf zivile Einrichtungen und töten hunderte Menschen – mit bis zu 160 Luftschlägen in 24 Stunden... Mehr als 25 medizinische Einrichtungen wurden bombardiert und zerstört. – Ärzte und Krankenhäuser waren seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 immer bevorzugte Ziele gewesen. – In der Region sind mehr als 300.000 Menschen vor der Gewalt in Richtung der Grenze zur Türkei geflüchtet. Insgesamt leben rund um Idlib mehr als drei Millionen Menschen, rund die Hälfte davon Vertriebene aus den vorherigen Kriegsgebieten Syriens. Mehr als 200.000 müssen im Freien ohne Schutz ausharren. Sollten die Angriffe der regierungstreuen Kräfte in Idlib intensiviert werden, könnten erneut hunderttausende Bewohner der Region in Richtung Türkei fliehen – und von dort aus weiter Richtung Europa. Deshalb will Erdogan eine weitere Eskalation der Kämpfe um jeden Preis verhindern, notfalls sogar mit eigenen Streitkräften in die Region eindringen, um dort als Schutzmacht aufzutreten, selbst gegen Assad und die Russen: In seinem Land leben jetzt schon mehr als 3.6 Millionen. Doch dies kommt Putin und dem Iran keineswegs gelegen. Sie wollen den Sieg des Regimes herbeiführen, um die eigene Machtbasis zu erhalten, aber auch um das russische, kostspielige Engagement in der Region auf ein Minimum zurückzuführen.





Anlage für die Urananreicherung im Iran

NAHER OSTEN

NEUE KRIEGSGEFAHR

Immer gefährlicher wird die Lage im Nahen Osten. Nach den Angriffen auf zwei saudi-arabische Ölanlagen steigen die Spannungen weiter an. Saudi-Arabien hat weitere Stationierung von US-Soldaten im eigenen Land zugestimmt, die Entsendung von bis zu 500 Soldaten steht kurz bevor. Letztmals waren US-Truppen im Jahr 2003 als Folge des Golfkrieges in Saudi-Arabien stationiert. Nächstens sind auch gemeinsame Marinemission der USA und Grossbritanniens am Golf vorgesehen. Dient dies dem Frieden oder ist es die bereits sichtbare Kriegsvorbereitung gegen den Iran?

Seit der einseitigen Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA, steigen die Spannungen in der Golfregion: Blockade von Tankern in der Strasse von Hormus, das Auffahren der amerikanischen Kriegsflotte, gegenseitiges Abschliessen von Drohnen und die laufende Erhöhung der Militärpräsenz der USA, nebst lautstarken gegenseitigen Beschuldigungen und Drohungen, hat die jüngste Attacke auf die Ölanlagen den Konflikt gefährlich zugespitzt. Beide regionalen Grossmächte, der religiöse Führer Irans mit seinem Machtanspruch in der Region und der saudische Kronprinz,

der in Jemen einen desaströsen Krieg führt, provozieren sich täglich. Und dazu kommt der unberechenbare US-Präsident, dem Hardliner Militärschläge gegen den Iran nahelegen, der aber selbst keinen Krieg will.

Inzwischen macht Irans Präsident Hassan Ruhani auf die verbliebenen Vertragspartner des Atomabkommens – China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Russland – zunehmend Druck, das Abkommen, gegen den Willen der USA, vertragsgerecht umzusetzen, sonst würde der Iran wieder eine unbegrenzte Urananreicherung aufnehmen.

VENEZUELA

DER MACHTWECHSEL

SOLL ERZWUNGEN WERDEN



Juan Guaidó

Für die Unabhängigkeit Venezuelas wäre es wohl das Beste gewesen, wenn die Zukunft von Venezuela nicht in Moskau, Peking, Havanna oder Washington entschieden würde, sondern an einem Verhandlungstisch mit beiden Parteien in Montevideo.

Die USA und einige alliierte Regierungen haben nun, nach dem einseitigen Abbruch politischer Gespräche zwischen dem selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó und der Regierung von Präsident Nicolás Maduro, „kollektive Massnahmen“ gegen das südamerikanische Land angekündigt. Eine entsprechende Erklärung des US-Aussenministeriums bezieht sich auf die Aktivierung des Interamerikanischen Vertrages über gegenseitigen Beistand (Tiar), der zu Beginn des Kalten Krieges 1948 unterzeichnet worden war. Das Tiar-Abkommen sieht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor, die teilweise oder vollständige Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie einen möglichen Einsatz von Waffengewalt. Für die Aktivierung dieses Mechanismus hatten zwölf Regierungen gestimmt – Uruguay, Mexiko, Bolivien

und Barbado stellten sich protestierend dagegen. Der nächste Schritt ist nach dem vertraglichen Reglement eine „unverzügliche“ Zusammenkunft des Beratungsgremiums. Die Vereinigten Staaten unterstützen weiterhin Juan Guaidó, Präsident der Nationalversammlung und selbsternannter, nach ihrer Ansicht legitimer, Interimspräsident Venezuelas.

Die Gefahr eines regionalen Konflikts steigt dadurch rasch an. Kommt es zu einem gewaltsamen Eingreifen durch Drittstaaten in Venezuela sind die Konsequenzen kaum abschätzbar. Sicher noch mehr Flüchtlinge als die jetzt schon zwei Millionen, die Lateinamerika aufnehmen muss, und ziemlich sicher noch mehr Gewalt in einem Land, das jetzt schon das gefährlichste in ganz Südamerika ist.



INDIEN – PAKISTAN

AUFGEHEIZTE STIMMUNG

Immer wieder ist die Region «Kaschmir» Anlass zu Konflikten zwischen Indien und Pakistan. Nach einer Phase der Annäherung verschlechtern sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seit 2016 immer mehr. Indien wirft der pakistanischen Regierung vor, Terroraktionen gegen Indien zu unterstützen und rüstete an der Grenze auf. Ausserdem reagierte Indien ihrerseits mit Angriffen, unterdrückte in Kaschmir Proteste mit Gewalt und erliess ein Sonderermächtigungsgesetz für das Militär, das zu Folter, Vergewaltigungen und Tötungen führte. Immer wieder kam es seitdem zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten. Vor wenigen Tagen starben 40 indische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag.

	Indien 	 Pakistan
Verteidigungsbudget	51 Mrd. \$ 	 10,77 Mrd. \$
Atomwaffen	130-140 	140-150
Soldaten	1.326.500 	637.000
Flugzeuge	2.185 	1.281
Panzer	4.426 	2.182
Schiffe	295 	197

Quelle: SIPRI, globalfirepower.com

Die Region ist geopolitisch von grosser Bedeutung. Neben Indien und Pakistan beansprucht auch China mehrere Gebiete in Kaschmir – und hat sich nach Konflikten mit Indien auf die Seite Pakistans geschlagen. Indien und China konkurrieren in der Region und zunehmend in der Welt um eine Vormachtstellung, das islamische Pakistan will seine Grenzen zu anderen Ländern ausbauen, um die Ausdehnung des Gegners Indiens gen Westen einzudämmen. China interessiert vor allem die Nähe zu seinen eigenen Provinzen Xinjiang und Tibet. Weiterhin fordern Vertreter aus Kaschmir selbst

die den Atomwaffensperrvertrag zur Abrüstung von Kernwaffen nicht unterzeichnet haben. Sowohl Pakistan als auch Indien sind sich der Gefahren und Folgen eines Kriegsausbruchs bewusst und dennoch haben sie sich kürzlich gegenseitig Kampfflugzeuge abgeschossen. Besonders brisant sind die neuesten Provokationen beidseitig der umstrittenen Grenze im Kaschmir durch die Wahlen, die in Indien anstehen. Zeigt die indische Regierung nun Schwäche gegenüber Pakistan, droht ihr ein Gesichtverlust.

einen eigenen unabhängigen Staat. Zu den strategischen Interessen zählt auch, dass in Kaschmir mehrere Gebirge aufeinandertreffen, die als rohstoffreich gelten und für die Region für die Süsswasserversorgung insbesondere Pakistans von grosser Bedeutung sind. Ausserdem ist Kaschmir durch seine Landschaft touristisch interessant und in Zeiten längerer Friedens dadurch ein Wirtschaftsfaktor gewesen.

Mit Pakistan und Indien stehen sich zwei Atommächte gegenüber. Beide gehören zu den vier Ländern weltweit,



ISRAEL

BENJAMIN NETANJAHU WACKELT – EIN WENIG...

Er regierte in Israel seit zehn Jahren mit eiserner Hand als Premierminister. Seine Ära schien angesichts der Wahlen zu Ende zu gehen. Die Opposition unter dem früheren Armeechefs Benny Gantz wollte seine Karriere beenden. Benjamin Netanjahu drohte dabei zusätzliches Ungemach, denn als abgewählter Ministerpräsident wäre er im gängigen Gerichtsverfahren wegen Korruption im Amt nicht mehr geschützt gewesen.

Überraschenderweise hat nun Staatspräsident Rivlin, nachdem er Netanjahu und Gantz die Bildung einer grossen Koalition mit gleichwertiger Machtverteilung vorgeschlagen hatte, dem bisherigen Ministerpräsident Netanjahu den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt, denn die Verhandlungen scheiterten; Gantz wollte keinesfalls mit Netanjahu zusammenarbeiten. Doch Rivlin blieb bei seiner Meinung, dass man sich zusammenraufen müsse: «Das Volk will keine weiteren Wahlen, darüber herrscht Einigkeit».

Netanjahus Likud hat zwar bei der Wahl mit 32 Mandaten einen Sitz weniger als Gantz' Blau-Weiss bekommen. Insgesamt haben ihn aber 55 Abgeordnete für das Amt des Regierungschefs empfohlen – eine Stimme mehr als Gantz erhalten hat. Weder Netanjahus rechts-religiöses Lager noch das Mitte-Links-Lager haben allerdings eine Mehrheit von 61 der 120 Sitze im Parlament.

Netanjahu ruft nun trotzdem – vor allem der Bedrohung durch den Iran – zu einer breit abgestützten Einheitsregierung und zur «nationalen Versöhnung» auf. Beide Seiten, Likud und Blau-Weiss müssten dazu aber Kompromisse akzeptieren. Wir werden sehen, ob die beiden Männer ihren Stolz und ihre Eigeninteressen hintan stellen können.



NORDKOREA

NORDKOREA WILL NICHT VERGESSEN WERDEN

Trump hatte sich bei einem kurzen Treffen mit Kim Jong Un Ende Juni an der innerkoreanischen Grenze darauf geeinigt, Arbeitsgruppen zur Abrüstung in der Region zu bilden. Die Gespräche kamen aber bisher nicht zustande. Das deutet der Diktator Nordkoreas wohl als eine Provokation.

In solchen Fällen reagierte Nordkorea gewöhnlich mit neuen Raketen- oder Bombentests. So auch dieses Mal. Machthaber Kim Jong Un habe die jüngste Erprobung eines «supergrossen» Mehrfachraketenwerfers selbst angeleitet, berichteten die Staatsmedien. Der Einsatz des Systems für «Kampfhandlungen» habe sich bestätigt, wurde Kim zitiert, man habe grosse Fortschritte bei diesen Waffensystemen erzielt. Weitere Versuche sollen folgen.

Dieser Raketentest durch Nordkorea erfolgte nur wenige Stunden nach einem an Bedingungen geknüpften Angebot an die USA, neue Arbeitsgespräche über sein Atomwaffenprogramm führen zu wollen. Nordkoreas Vize-Aussenministerin Choe Son Hui machte deutlich, dass Pjöngjang von Washington neue Vorschläge erwarte. US-Präsident Donald Trump nannte die Botschaft aus Pjöngjang «interessant», liess aber zunächst offen, ob es bald zu einem Treffen kommen könnte.

SUDAN

ÜBERGANGS-REGIERUNG IM SUDAN



Im Sudan hatte nach dem Sturz des langjährigen Staatschefs Omar al-Baschir im April ein Militärat die Führung übernommen. Dieser weigerte sich in der Folge, die Macht zügig an eine zivile Regierung zu übergeben.

Darauf reagierte die Bevölkerung seit April mit heftigen Protesten. Jetzt aber feiern in der sudanesischen Hauptstadt Khartum die Menschen auf den Strassen, um die Einigung auf eine Übergangsregierung zu zelebrieren, denn der Kampf zwischen Militärat und der Opposition um die Macht im Land am Roten Meer ist, unter Vermittlung der Afrikanischen Union, durch ein Abkommen beendet. Es enthält die Bestimmungen für die Bildung einer Übergangsregierung.

ANZEIGE

QUADRAGARD
EINBRUCHSCHUTZ

Einbruchschutz ...aber richtig!



TECHNIK

US-WELTRAUM- DROHNE SPACE-JET X-37B

Das Raumflugzeug X-37B wird Amerikas potenzielle Gegner irremachen, prahlte das US-Militär an einer Sicherheitskonferenz. Die geheime Drohne ist ein spektakuläres Fluggerät! Was aber will die USAF damit?

> Von Arnold D. Miligan

Die geheime Weltraumdrohne X-37B ist so agil und wendig, dass Amerikas Gegner irrerwerden müssten. Auf diese Weise pries die ehemalige Ministerin der US-Luftwaffe, Heather Wilson, das Raumvehikel auf einer Sicherheitskonferenz Mitte des Jahres. Der Punkt ist demnach, dass die X-37B ein abruptes Wendemanöver fliegen könne, wenn sie sich im erdnahen Orbit befinde. „Das heisst, unsere Gegner wissen nie, wo das Raumschiff wiederauftaucht“, so Wilson.

TECHNIK EINES RAUMGLEITERS

Das primär von Boeing gebaute, ca. 9 m lange und vollgetankt 5 Tonnen schwere Raumflugzeug ähnelt einer verkleinerten Version des Space-Shuttles. Ursprünglich zum Start aus der Ladebucht des Space Shuttles vorgesehen, wird es heute wie ein Satellit an der Spitze einer Rakete gestartet, geschützt von einer Nutzlastverkleidung, weil man befürchtete, dass das Gerät mit seinen Trag- und Leitflächen im unverkleideten Zustand Schaden durch die aerodynamischen Kräfte beim Start

nehmen könnte. Wie das Shuttle kann sich das Flugzeug von Hitzeschutzkacheln geschützt durch die Atmosphäre abbremsen lassen und wie ein Gleitflugzeug auf einer gewöhnlichen Flughafen-Landebahn aufsetzen. Dies alles bewerkstelligt die X-37B vollkommen autonom, ohne jede Fernsteuerung.

EIN RAUMGESTÜTZTES WAFFENSYS- TEM?

Die X-37B ist möglicherweise als Waffensystem vorgesehen, um Satelliten der Gegner im Weltraum anzuern und durch „kinetische Einwirkung“ auszuschalten.

Tatsächlich bleibt es grösstenteils geheim, wie und wozu die US Air Force das Raumfahrzeug gegenwärtig einsetzt. Formel liess die leitende Behörde des X-37B-Programms, das Rapid Capabilities Office der USAF, lediglich verlauten, es würden wiederverwendbare Weltraumtechnologien erprobt und Versuche durchgeführt, deren Ergebnisse auf der Erde ausgewertet würden, insbesondere eine experimentelle Elektronik, aber auch das



Schwingungsverhalten von Wärme-Rohren im Weltraum und Experimente zur Erprobung der Widerstandsfähigkeit verschiedener Materialien in der Hochatmosphäre und Strahlung im niedrigen Erdborbit. Ebenso wurde ein Ionenantrieb erprobt. Dies ist ein Triebwerk, das den Rückstoss eines Ionenstrahls zur Fortbewegung nutzt.

SPEZIELLE FLUGBAHN

Eine weitere Eigenschaft der X-37B ist besonders spannend. Sie bewegt sich auf einer „eierförmigen Laufbahn“ und fliegt in gewissen Flugphasen in niedrigerer Höhe als nahezu jeder andere Satellit. Ist sie nah genug an der Erdatmosphäre angekommen, kann die X-37B – aufgrund ihrer Form – deren Widerstand nutzen, um ein relativ abruptes Wendemanöver zu fliegen. Dank seines Orbitaltriebwerks mit 1,5 Tonnen Schub und eines üppigen Treibstoffvorrats ist die X-37B in der Lage, seine

Umlaufbahn um bis zu 3,1 km/s zu ändern – beinahe bis zur Fluchtgeschwindigkeit der Erde und z.B. die Bahnneigung und Höhe im niedrigen Orbit ändern. Das ermöglicht beispielsweise, die Bahn so zu verändern, dass mit geringer Vorlaufzeit ein bestimmter Ort auf der Erde zu einer bestimmten Zeit überflogen werden kann. Eine spektakuläre, neue Eigenschaft für ein Raumfahrzeug.

ABFANGJÄGER DER ZUKUNFT

Aufgrund der bisher durchgesickerten Informationen zum geheimnisumwitterten Projekt, sind sich die meisten Experten darin einig, dass mit der X-37B neue Technologien für einen Weltraum-Abfangjäger getestet werden. Dies passt auch perfekt zur „Nationalen Weltraumdoktrin“, die die Vereinigten Staaten 2006 veröffentlicht haben. Darin postuliert die USA, dass sie ihren Geltungsbereich auch auf den Weltraum ausweiten werden.

ZIELE UND ERFOLGE DER MISSION

- Die X-37B sollte die Erde in einer Höhe von bis zu 900 km über ein Jahr lang umkreisen können und 15 Tage nach ihrer Rückkehr wieder einsatzbereit sein. In der 2,13 Meter x 1,22 Meter grossen Nutzlastbucht können maximal 250 kg Fracht transportiert werden.
- Ein erster Test der weltraumtauglichen Variante X-37B erfolgte am 22. April 2010 und endete nach 224 Tagen im Orbit mit einer völlig autonomen Landung auf der US-Luftwaffenbasis Vandenberg am 3. Dezember 2010.
- Das zweite Exemplar wurde am 5. März 2011 mit einer Atlas V Rakete von Cape Canaveral ins All geschossen. Die X-37B blieb mehr als ein Jahr lang im Orbit, um Systemtests und militärische Experimente durchzuführen. Am 16. Juni 2012 beendete sie ihre Mission und landete nach 469 Tagen im All auf der US-Luftwaffenbasis Vandenberg.
- Am 11. Dezember 2012 startete die X-37B zu ihrem zweiten Flug an Bord einer Atlas V zur dritten Mission ins All und landete nach 674 Tagen im All am 17. Oktober 2014 auf der US-Luftwaffenbasis Vandenberg, Kalifornien.
- Am 20. Mai 2015 startete die vierte Mission einer X-37B ins All. Vier Kleinstsatelliten wurden ausgesetzt und ein 32 Quadratmeter grosses Solarsegel sowie ein Ionen-Hallantrieb getestet. Am 25. März 2017 überbot diese X-37B die Dauer des vorigen Fluges und landete am 7. Mai 2017 nach insgesamt 718 Tagen im All erstmals auf der Shuttle Landing Facility in Florida.
- Die aktuell jüngste und noch andauernde fünfte X-37B-Mission begann am 7. September 2017 mit dem Transport durch eine Falcon 9-Rakete des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX von Elon Musk ins All. Inzwischen brach die X-37B am August 2019 erneut den eigenen vorhergehenden Flugdauer-Rekord. Die Mission dauert immer noch an.



KAMPFJETBESCHAFFUNG

FOLGEN @THEF35

So wirbt Lockheed Martin über Social Media für den F-35.
Über Twitter gelangt der US-Flugzeughersteller direkt an die Schweizer Stimmbürger!

> Von Franc Dewalt



Bei Lockheed Martin wissen wir, wie wichtig die Wahrung der bewaffneten Neutralität für das Schweizer Volk ist. In einer turbulenten Welt, in welcher sich die Bedrohungen der nationalen Sicherheit ständig verändern, bietet die F-35 der Schweizer Armee die beste Plattform, um sich gegen diese Bedrohungen zu wappnen und ihnen effizient zu begegnen - jetzt und in den kommenden Jahrzehnten. Frieden und Stabilität sind zu wichtig, um sie als selbstverständlich hinzunehmen. Die F-35 bietet Spitzentechnologie, welche es grossen und kleinen Nationen ermöglicht, den Frieden durch Stärke zu erhalten.

DIE SCHWEIZ VERTEIDIGEN

Mit der Wahl der F-35 wird sich die Schweiz den 13 anderen Nationen weltweit anschliessen, welche dem immer anspruchsvolleren Bedrohungsumfeld mit einer hochentwickelten Lösung begegnen.

Im Bereich des Luftpolizeidienstes, einer der Hauptanforderungen für das neue Kampfflugzeug der Schweizer Armee,

bietet die F-35 unübertroffene Fähigkeiten. Der interne Transport von Waffen und Treibstoff sowie innovative Konstruktionsmerkmale tragen zur Tarnkappen- oder Very Low Observable (VLO)-Technologie der F-35 bei. Stealth bietet Überlebensfähigkeit, um Luftziele diskret zu erkennen.

Modernste Sensoren sowie ein fortschrittliches Radar vermitteln dem Piloten eine hervorragende Lagebildererkennung (situational awareness), welche durch fortschrittliche und leistungsfähige Schnittstellen mit den Truppen am Boden und in der Luft geteilt werden kann und die F-35 so zu Augen und Ohren der gesamten eigenen Streitkräfte macht. Die Kombination von leistungsfähigen Sensoren mit VLO-Technologie erlauben es dem F-35-Piloten potenzielle Angreifer unter minimaler eigener Bedrohung zu identifizieren und bei Bedarf zu bekämpfen.

Das Flugzeug ist schnell einsatzbereit und hat eine hohe Steiggeschwindigkeit. Mit seinem leistungsfähigen Triebwerk und intern mitgeführten Waffen ist die F-35 in der Lage, länger in der Luft zu bleiben als jeder ihrer Konkurrenten. Dies macht



die F-35 zu einem beeindruckenden Beschützer. Als echtes Mehrzweckflugzeug kann sie sich allen Missionen und Herausforderungen anpassen, welche es in den kommenden Jahrzehnten zu meistern gilt.

SICHERSTELLUNG DER AUTONOMIE

Während die F-35 eine unübertroffene Interoperabilität bietet, behält die Schweiz jedoch immer die vollständige Kontrolle über die landesspezifischen Daten, welche vom Autonomic Logistics Information System des Flugzeugs gesammelt werden, einschliesslich der Namen der Piloten, des Standortes des Flugzeugs sowie anderer Datensätze.

F-35 KOSTEN

Der Kaufpreis der F-35 liegt nicht über dem eines älteren Flugzeuges der vierten Generation. Die kontinuierlichen Modernisierungsmassnahmen der F-35 werden sicherstellen, dass sie auch allen zukünftigen Bedrohungen gewachsen bleibt und sich der Abstand zum Fähigkeitsspektrum bestehender Flugzeuge immer weiter vergrössert. Mit aktuell 13 Betreibern und einer stetig steigenden Kundenzahl werden die Modernisierungskosten auf die wachsende F-35-Flotte verteilt, wodurch eine übertrifene Kosteneffizienz gewährleistet ist. Da wir sowohl für die Entwicklung wie auch die Integration der Modernisierungsmassnahmen zuständig sind, ist es unser erklärtes Ziel die Kosten für Fertigung und Betrieb mindestens zu halten oder gar weiter zu senken.

INDUSTRIELLES POTENTIAL

Da die industrielle Beteiligung auch eine Forderung in der Ausschreibung zu Air2030 ist, würde die Schweiz auch vom internationalen Erfolg dieses Programms profitieren. Schon heute werden rund 25 Prozent sämtlicher weltweit verkauften F-35 in Europa hergestellt. In Zukunft könnten

Jets, welche rund um den Globus fliegen, Komponenten mit der Bezeichnung „Made in Switzerland“ an Bord haben.

VORBEREITUNG AUF DIE ZUKUNFT...

Die F-35 ist das fortschrittlichste und leistungsfähigste Flugzeug, welches derzeit erhältlich ist, und es bietet Flexibilität bei der Weiterentwicklung, sobald neue Technologien verfügbar werden. Die Verteidigung einer friedlichen Nation ist zu wichtig, um dafür etwas anderes einzusetzen, als die beste verfügbare Ausrüstung. Die F-35 wird der Schweiz die Überlegenheit verschaffen, die zum Schutz ihrer Neutralität auch in der Zukunft unabdingbar ist.



«Die F-35 Lightning II erfüllt die Anforderungen der Schweizer Luftwaffe an ein Kampfflugzeug zum Schutz des Schweizer Luftraums für die nächsten 50+ Jahre.» #Air2030 #SchweizerArmee

„HOHE WAHRSCHEINLICHKEIT, DASS DIE MENSCHLICHE ZIVILISATION ENDET“

Den Homo Sapiens gibt es in Afrika seit 300'000 Jahren, vor 60'000 Jahren bevölkerte er von Afrika aus Asien, vor 30'000 Jahren Europa. Die ersten Hochkulturen bildeten sich an verschiedenen Orten der Erde vor 15'000 – 7'000 Jahren heraus – ein australischer Thinktank schildert nun die Möglichkeit eines sehr raschen, katastrophalen Finales. Schon 2050 könnte sich die Menschheit selbst ausgerottet haben, weil die Erde dann möglicherweise nicht mehr bewohnbar sein werde.

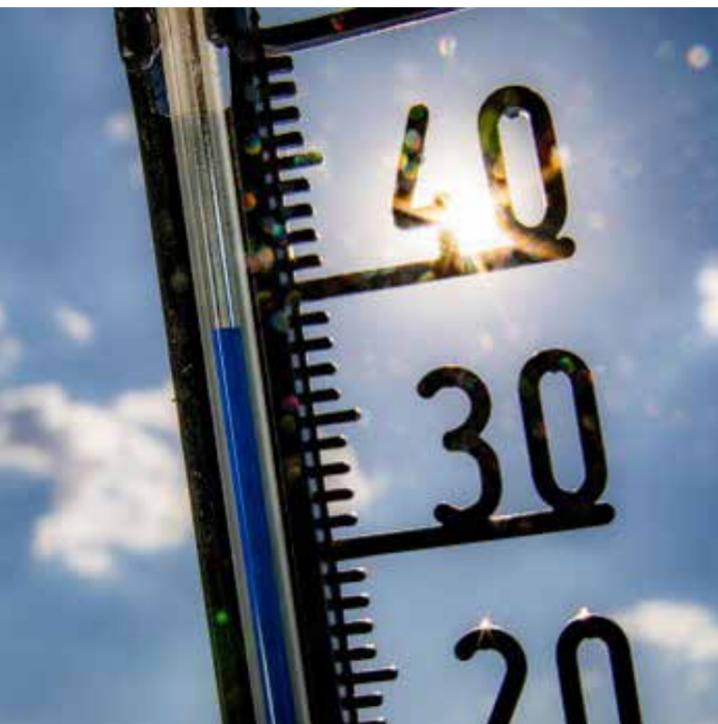
> Von Breakthrough National Centre for Climate Restoration





MENSCHEN – SCHLIMMER ALS ALLE RAUBTIERE

Im Vorwort des Reports sagt der frühere Chef der australischen Streitkräfte und des „Global Military Advisory Council on Climate Change“ (Militärischer Rat zum Klimawandel), Chris Barrie: „Die vom Menschen verursachte globale Erwärmung stellt nach dem Atomkrieg die grösste Bedrohung für das menschliche Leben auf dem Planeten dar. Heutzutage sind die 7,5 Milliarden Menschen die räuberischste Spezies, die es je gegeben hat. Wenn die Weltbevölkerung auf zehn Milliarden Menschen angewachsen sein wird, wird das fatale Folgen haben – wenn wir unser Verhalten nicht grundlegend ändern.“



DAS SZENARIO DES SCHRECKENS

Der Klimawandel wird das Leben auf der Erde massiv verändern, daran besteht kaum ein wissenschaftlicher Zweifel. Die Autoren eines neuen australischen Klima-Berichts aber glauben, das Ausmass der Zerstörungen könnte aktuelle Vorhersagen übertreffen – und bereits in 30 Jahren das Ende der Menschheit einleiten. „Existential climate-related security risk“ (Existenzielle klimabedingte Sicherheitsrisiken“) heisst die Veröffentlichung des australischen Thinktanks „Breakthrough“.

Ohne den wissenschaftlichen Konsens über den Klimawandel zu revolutionieren, nutzten die Forscher die verfügbaren Zahlen. Es handelt sich also nicht um eine neue wissenschaftliche Studie, sondern um den Versuch, auf Basis vorhandener Studien mögliche Zukunftsszenarien aufzuzeigen.

WIR MÜSSEN JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUN, UM GEGEN DIE ERDERWÄRMUNG ZU KÄMPFEN

Die Autoren der Studie sind David Spratt, Forschungsdirektor des Thinktanks, und Ian Dunlop, der früher in der fossilen Energiebranche und als Vorsitzender des australischen Kohle-Verbands tätig war. Sie glauben, dass viele Forschungsdaten zur Klimakrise, mit denen die Politik arbeitet, zu konservativ sind und die schwerer zu berechnenden Worst-Case-Szenarien mehr Beachtung finden müssen. Spratt und Dunlop betonen, dass ihr Szenario für das Jahr 2050 von den schlimmstmöglichen Entwicklungen ausgeht und keine wissenschaftliche Vorhersage ist. Die Folgen dieser Entwicklungen seien aber „so umfangreich und schrecklich, dass es wichtig ist, zu erwägen, was sie bedeuten würden und zu verstehen, dass wir jeden möglichen Schritt tun müssen, um sie zu vermeiden.“

DAS SZENARIO 2050: WETTEREXTREME, HUNGER, MILLIARDEN VERTRIEBENE

Wenn die Erkenntnisse und Empfehlungen des Pariser Klimaabkommens ignoriert würden, könnte sich die Erde bereits bis 2030 um 1,6 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter erwärmen. Erst ab 2030 dürften die Emissionen zu sinken beginnen.

Selbst dann – auch wegen den durch die Erwärmung angestossenen Rückkopplungseffekten – würde bis 2050 gesamthaft ein Plus von 3°C resultieren und aufgrund noch immer hoher Emissionswerte die Temperatur weiter ansteigen.

Die Folgen

- Der Meeresspiegel ist 2050 bereits um einen halben Meter angestiegen und könnte bis 2100 um 2 bis 3 Meter ansteigen.
- Insgesamt werden mehr als 77 % der 500 grössten Städte der Welt erleben, wie sich ihr Klima bis 2050 völlig verändert.
- London wird das Klima von Barcelona haben, Madrid das Klima von Marrakesch, Paris und Berlin werden wie Canberra und Zürich wird Mailand ähneln.
- Krankheitsübertragende, tropische Insekten werden in ganz Europa heimisch.
- 35 Prozent des Landes und 55 Prozent der globalen Bevölkerung sind über 20 Tage pro Jahr tödlicher Hitze „jenseits der Schwelle menschlicher Überlebensfähigkeit“ ausgesetzt.
- Durch die Destabilisierung wichtiger Wind- und Meeresströmungen verändern sich Regen- und Trockenzeiten; Wetterextreme und sich ausbreitende Wüsten treffen praktisch alle Regionen der Erde.
- In der Folge brechen wichtige Ökosysteme zusammen, darunter Korallenriffe, der Amazonas-Regenwald und in der Arktis.
- Einige ärmere Gegenden der Erde, die keine künstlich gekühlten Lebensräume bereitstellen können, werden unbewohnbar.
- Tödliche Hitze beherrscht Westafrika, die tropischen Regionen in Südamerika, Nahost und Südostasien an über 100 Tagen im Jahr und trägt dazu bei, dass über eine Milliarde Menschen aus den tropischen Gebieten ihre Heimat verlassen



müssen.

- Für etwa zwei Milliarden Menschen in den am stärksten betroffenen Gebieten wird das Trinkwasser knapp.
- Landwirtschaft zu betreiben, wird in den trockenen Subtropen unmöglich.
- In den meisten Regionen der Erde werden weniger Lebensmittel produziert. Nahrungsmittel werden knapper und Lebensmittelpreise explodieren.
- Die Unterläufe von für die Landwirtschaft wichtigen Flussdeltas wie dem Mekong, Ganges und Nil werden überflutet und einige der grössten Städte der Welt – darunter Chennai, Mumbai, Jakarta, Guangzhou, Hong Kong, Ho Chi Minh Stadt, Schanghai, Bangkok und Manila – werden teilweise aufgegeben.
- Viele kleine Inseln werden unbewohnbar.
- Zehn Prozent Bangladeschs stehen unter Wasser, was 15 Millionen Menschen vertreibt.

EIN WENIG HOFFNUNG

Es ist wichtig zu betonen, dass solche Szenarien nicht zwangsläufig eintreten müssen. Wenn der Klimawandel erst einmal deutlich zu sehen ist, kann man sich nur schwer vorstellen, dass wir uns das als Menschheit tatenlos ansehen. Spätestens dann, aber besser früher, müssen energische Gegenmassnahmen ergriffen werden. Durch menschliche Aktivitäten, insbesondere durch die Verbrennungsprozesse fossiler Energieträger, hat sich das Klima unserer Erde bereits heute stark verändert.

Infolge der Klimaänderungen werden in den nächsten Jahrzehnten weit reichende Folgen mit erheblichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu erwarten sein. Es kommt also darauf an, durch rasches Handeln die globalen Treibhausgasemissionen so zu senken, dass dramatische Schäden durch Klimaänderungen vermieden werden. Neben den Minderungsmaßnahmen müssen ebenfalls Massnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen und zur Anpassung ergriffen werden.





KLIMAWANDEL

WIR LEBEN ZU KURZ...

Der Planet muss uns nicht fürchten, vielmehr sollten wir ihn fürchten! Aus Sicht des Planeten Erde verändert sich das Klima rasend schnell, für die im Alltag verhafteten Menschen jedoch geschieht die Erhitzung beinahe unbemerkt und extrem langsam. Nur gerade in Extremzonen, wie im südlichen Afrika oder in der Arktis, wo die

Hitze sichtbar ist und mit einem starken Ausschlag gemessen werden kann, dämmert wenigen die Erkenntnis, dass da etwas aus dem Ruder läuft. Da können Tausende von Wissenschaftlern, Gletscherforschern, Ozeanografen, Biologen oder auch Chemiker und Physiker beobachten, analysieren, warnen, doch keiner hört zu.

> Von Thomas Aalstrup

SELBST SICHTBARE KATASTROPHEN WERDEN AUSGEBLENDET

Immer heissere Jahrestemperaturen, Zunahme von mächtigen Stürmen, Felsstürze, Überschwemmungen, beschleunigtes Artensterben, Dürre von extremem Ausmass in Sambia und selbst die Verlegung der versinkenden Hautstadt von Indonesien nehmen wir mit einem Schulterzucken hin.

Eine schlechte Meldung mehr unter den Hunderten im täglichen Medienfutter zwischen Vielfachmorden, Amokläufen, Flüchtlingsunglücken, Massenkarambolagen auf Autobahnen, Ehedramen, Statistiken mit Extremzahlen zu den Auswirkungen der Fettleibigkeit, der Handystrahlung, den Spannungen im Nahen Osten, alles gut gewürzt durch die täglichen Meldungen zu den Tweets des unstillen US-Präsidenten.

Und was nicht sein darf, ist auch schlicht unvorstellbar, wird weggeklickt, verdrängt und auch weggelogen, kleingeredet – oder aktiv ausgeblendet. Wer möchte schon mit dem Gedanken einschlafen, dass ein Ende der menschlichen Zivilisation plötzlich möglich ist. Bisher dachte man daran höchstens, wenn Supermächte einander mit der gegenseitigen atomaren Zerstörung drohten.

WAS BRAUCHT ES NOCH, BIS UNSERE SENSO- REN ALARM SCHLAGEN?

Müssen Monsterstürme, mörderische Hitzewellen, Dürreperioden und sterbende Ökosysteme so allgegenwärtige Realität werden, dass wir alle erwachen? Was braucht es, bis die gleichgültigen Dumpfbacken in der Politik, die abgestumpften Bevölkerungen, quotenhungrigen Medien und die Spezialisten, die alles relativieren, reagieren? Wann legt man die, durch weltweite, korrupte, geldschwere Lobbys bezahlten Thinktanks still und wer nimmt gekaufte, ethiklose Wissenschaftler, die den Klimawandel auf kriminell Art wegstatistiken, in die Pflicht?

Glauben wir die Anzeichen des Niedergangs erst, wenn unsere Häuser abbrennen, die Wälder veröden, Flüsse und Seen kippen, die Lebensmittelpreise extrem klettern, neue Krankheiten uns töten, die Ökosteuern ins Unendliche steigen oder Dauersmogwolken nicht nur Städte sondern ganze Länder überziehen, dass wir den Himmel nicht mehr sehen? Dann wird es aber zu spät sein. Die erforschte Erdgeschichte zeigt, dass es bei der Veränderung des Erdsystems klar definierte Kippunkte gibt. Wenn ein solcher, meist komplex zusammenwirkender Systemstress entsteht, gibt es kein Zurück mehr, und oft geschahen die Veränderungen innert wenigen 10-30 Jahren.

MENSCHGESCHAFFEN – VON WENIGEN ER- ZEUGT UND BEWUSST HINGENOMMEN

Provoziert haben die gefährliche Trendwende eigentlich nur wenige und die haben sich wissentlich auf Kosten der gesamten Menschheit unverschämt bereichert. Doch jetzt, um die drohende Katastrophe abzuwenden, muss sich die ganze globale Gemeinschaft dagegenstemmen.

Ein Gegensteuern wäre schon längst möglich gewesen, doch verdienen am vernachlässigten Umgang mit der menschengemachten Erderhitzung einige schwere Übeltäter Milliarden. Heute ist es offensichtlich, dass insbesondere in den USA wenige sehr reiche Männer und mächtige Unternehmen, die an der CO₂-Produktion extrem verdienen, seit Jahrzehnten mit viel Macht und Geld äusserst aggressive und erfolgreiche Desinformations- und Verwirrungskampagnen betreiben. Sie schmieren Wissenschaftler, gründeten Thinktanks für ihre Zwecke, geben laufend Studien in Auftrag und schicken ihre „Experten“ in Talkshows, um immer wieder Zweifel an dem zu säen, was seit mehr als 20 Jahren wissenschaftlich erwiesen ist: Dass wir selbst es sind, die mit unserer Sucht nach fossilen Brennstoffen und Rindfleisch, mit dem Abholzen der Regenwälder, dem explodierenden Verkehr dafür sorgen, dass die Erde immer heisser wird, die Ozeane immer saurer und dass globale Klimagleichgewichtsfaktoren kippen.

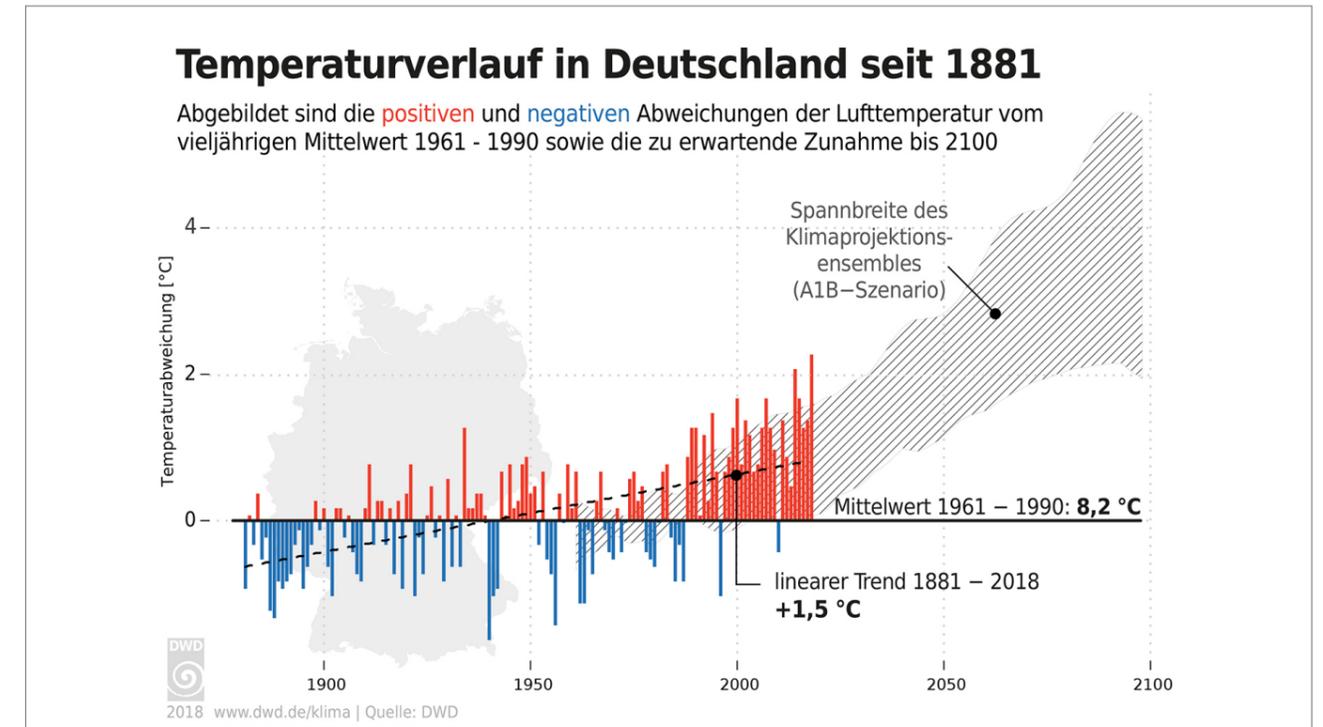
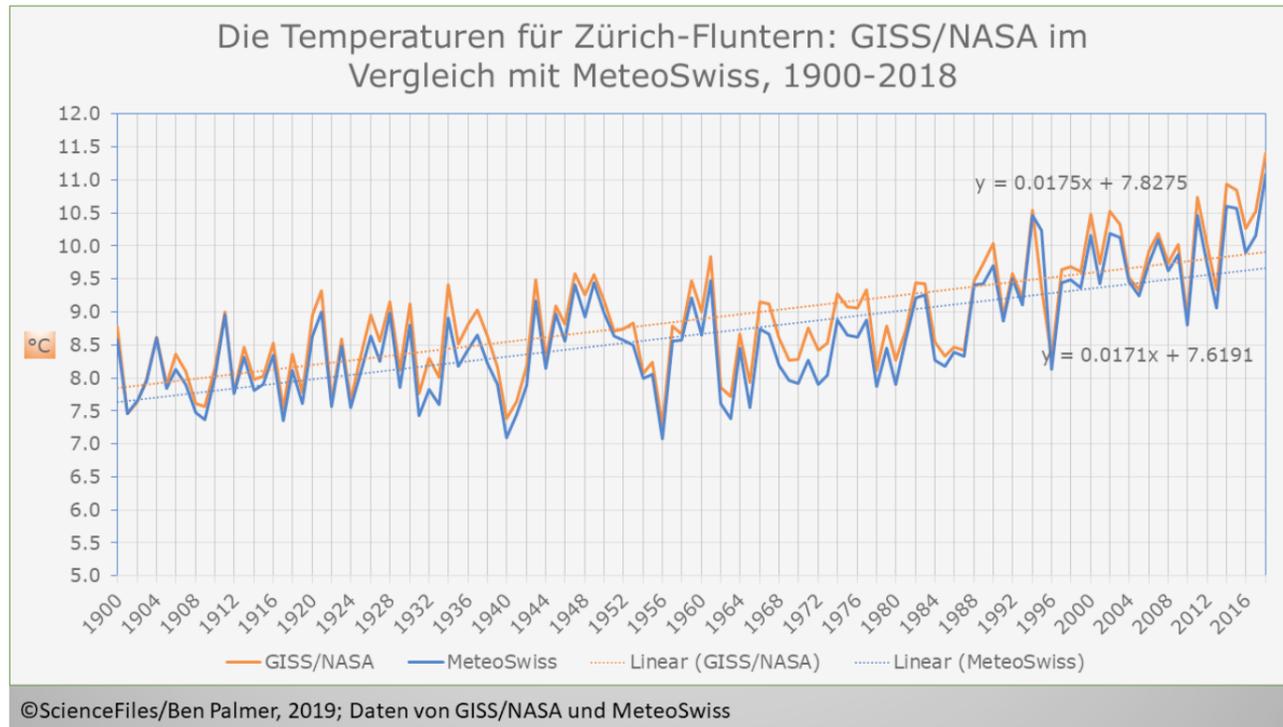
DIE REICHEN, MÄCHTIGEN ALTEN MÄNNER

Viele, die es in der Hand hätten, Veränderungen als Vorreiter anzugehen, Politiker, Manager, Forscher und Journalisten reden die Dringlichkeit der Problematik seit Jahren klein. Besser noch mal schnell an der verhängnisvollen Situation mitverdienen, nochmals gewählt werden, Investitionen untergraben,

um noch mehr Reichtum anzuhäufen, solange es noch geht. Dieser vergleichsweise kleinen Gruppe von mächtigen, einflussreichen Menschen, die aus uneingeschränkt eigennützigem Interesse und extremer Kurzsichtigkeit heraus handelt, ist es gelungen, den grössten Teil der Bevölkerungen aller Länder massiv und über viele Jahre hinweg in die Irre zu führen und sie einzulullen in der Hoffnung auf einen immer gleich steigenden Wohlstand.



ihrem persönlichen Schulstreik, die erste dezentrale, internationale, langlebige Protestbewegung der Menschheitsgeschichte auslöste. Und endlich nehmen wir es zaghaft wahr, dass der arktische Permafrostboden schmilzt, unsere Gletscher massiv zurückgehen, arktische Gehölze und der tropische Regenwald brennen, Hitzewellen mitten in Europa Menschen töten, Sizilien den nationalen Wassernotstand ausruft, ein Hurrikan die Bahamas verwüstet, und selbst im klimafreundlichen Mit-



Überall trifft man sie bei genauerem Hinsehen an, den Klub der alten Männer, die Wirtschaftsrosse, Professoren, Chefredakteure, die Multimilliardäre, die Finanzjongleure, die Diebstahltrüger, die Bosse der Megabanken und der Clans und der weltweiten «systemrelevanten» Riesenkonzerne, die in klandestinen Absprachen die Welt und deren Ressourcen als ihre Spielwiese benutzen.

Im Weissen Haus in Washington sitzt zurzeit einer der Vertreter dieses Klubs der Skrupellosen, der nicht mal versteckt und im Dunkeln agiert, wie die meisten seiner Spezies. Sie sind die eigentlichen Verbrecher am vergewaltigten Planeten, ihr ökologischer Fussabdruck erzeugt Hunger, Not und sterbende Habitate. Wenn die schon jetzt unausweichlichen Auswirkungen der Erwärmung nicht mehr zu ignorieren sind, wird den Propagandisten des Weiter-so dereinst die Verachtung zuteilwerden, die sie verdienen. Das aber werden die meisten von ihnen nicht mehr miterleben.

PASSIERT ES WIRKLICH?

Nun scheinen immer mehr Menschen aufzumerken, dank einer 16-jährigen Schwedin, die mit einem Protestschild und



teleuropa zwei aufeinander folgende Hitze- und Dürresommer Landwirte und Wälder in Bedrängnis bringen. Ist dies der Anfang, den Greta Thunberg und die „Fridays for Future“-Demonstranten ausgelöst haben? Am 20. September, wurden die Menschen wohl etwas mehr aufgerüttelt, rund um den Globus. Nicht nur durch ein paar Schüler, sondern durch Menschen jeden Alters, die gegen den Klimawandel streikten und demonstrierten, Millionen haben sich beteiligen. Mehr als 200 internationale Medien, von Afrika bis Nordeuropa, von den USA bis Indien und Japan, haben sich mit der Initiative „Covering Climate Now“ gemeinsam verpflichtet, mit Wucht über dieses doch eigentlich journalistisch so undankbare Thema zu berichten. Die Klimakrise wissenschaftlich, sozial, politisch und im Alltagserleben der Menschen möglichst vielfältig auszuleuchten, sichtbar, verständlich, begreifbar zu machen. Für noch mehr Menschen.

Hoffentlich haben sie für einmal die Klimawandelleugner, die Abwiegler und Verzögerer übertönt, die Politiker erschreckt und geweckt und vielen Menschen Hoffnung gemacht, dass wir unser Schicksal mit konsequentem Handeln beeinflussen können, bevor der Planet selbst uns bedroht.

KLIMASTREIKBEWEGUNG SCHWEIZ

WAHLEN 2019

Am 20. Oktober wählt die Schweiz den Stände- und Nationalrat. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden in den nächsten vier Jahren klimapolitisch wichtige Entscheidungen treffen müssen, damit die Schweiz die Klimaziele des Pariser Abkommens erreicht. Die Jugendbewegung Climatestrike Switzerland richtet sich darum in einem offenen Brief an die Bevölkerung.

Liebe Bürgerin, lieber Bürger, liebe Mitmenschen



Wir schreiben Ihnen, weil wir uns grosse Sorgen machen und auf Ihre Hilfe angewiesen sind.

Seit mehr als neun Monaten gehen wir nun auf die Strasse und verschaffen uns Gehör. Für viele von uns, die noch nicht wahl- und stimmberechtigt sind, ist dies die einzige Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen, wie über unsere Zukunft entschieden wird.

Die Klimakrise droht, unsere Welt, wie wir sie kennen und lieben, irreversibel zu zerstören. Naturkatastrophen nehmen schon heute zu, Ökosysteme verschwinden und Nahrungsmittel werden knapp. Fluchtwellen und Ressourcenkriege auf der ganzen Welt drohen unsere Zivilisation zum Kollaps zu bringen. Das macht uns Angst! Unsere Gesellschaft befindet sich an einem Scheidepunkt der Geschichte, und in den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob und wie wir dieser grössten Herausforderung des 21. Jahrhunderts entgegentreten.

Diesen Herbst wird das Parlament gewählt, welches in den nächsten vier Jahren die nötigen Entscheidungen treffen muss, um die gegenwärtige Klimakrise in den Griff zu bekommen – bevor es zu spät ist. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die dieser Aufgabe gewachsen sind. Solche, die den Mut, die Entschlossenheit und die Weitsicht haben, die tiefgreifenden, aber dennoch lebensnotwendigen Schritte zu unternehmen.

Mit Ihrem Recht zu wählen kommt die Verantwortung, gewissenhaft zu wählen. Sie haben im Oktober die Chance, diese Verantwortung wahrzunehmen. Sie haben die Chance, Ihren Beitrag zur Überwindung dieser Krise zu leisten und der jungen Generation, die noch lange mit ihren Folgen leben werden muss, eine Stimme zu geben.

Deshalb bitten wir Sie mit diesem Schreiben von ganzem Herzen: Wählen Sie für uns. Wählen Sie fürs Klima. Wählen Sie für eine lebenswerte Zukunft. Wir zählen auf Sie.

Hoffnungsvoll, die Jugend



CLIMATE STRIKE SCHWEIZ

Climate Strike Schweiz sind vor allem junge Menschen, die sich um ihre eigene Zukunft, die ihrer Kinder und die des Planeten sorgen.

Climate Strike will für den nötigen politischen Druck und das öffentliche Bewusstsein sorgen, damit endlich die nötigen Massnahmen ergriffen werden, um die natürliche Lebensgrundlage für ihre Generation und alle kommenden zu sichern. Die Bewegung ist an keine Partei oder Organisation gebunden und positioniert sich nicht im politischen Spektrum. Sie sieht sich als Teil der weltweiten FridaysForFuture-Bewegung.

www.climatestrike.ch

UNABHÄNGIGE WAHLHILFE



Smartvote ist eine Online-Wahlhilfe. Anhand eines Fragebogens zu verschiedenen politischen Themen können Wähler/-innen ihre Positionen mit denjenigen von Kandidierenden und/oder Parteien vergleichen und sich auf dieser Basis eine Wahlempfehlung erstellen lassen. smartvote möchte die Wähler/-innen durch eine bessere Informationsbasis in Ihrem Wahlentscheid unterstützen. Zudem schafft die Online-Wahlhilfe Transparenz und bietet einen Überblick über die politischen Positionen der Kandidierenden.

Seit 2003 wird smartvote vom politisch neutralen und nicht gewinnorientierten Verein Politools entwickelt und betrieben.

www.smartvote.ch



POLITIK SCHWEIZ

DIE HEISS DISKUTIERTE KONZERN- VERANTWORTUNGS- INITIATIVE

Kinderarbeit auf Kakao-plantagen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, Umweltverschmutzung beim Rohstoffabbau. Gemäss einer Studie der Universität Maastricht von 2015, die 1'877 Vorwürfe untersuchte, befindet sich die Schweiz (mit einigen ihrer weltweit operierenden Grosskonzerne) unter den Top 10 der Länder, denen am meisten Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen vorgeworfen werden.

> Von Oliver Meier Marcel

Mit der Annahme der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurden alle Staaten aufgefordert, diese umzusetzen. Die Schweiz hat die Erarbeitung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte finanziell und personell unterstützt. Der Umsetzungsprozess wurde hingegen entscheidend durch Zivilgesellschaft und Parlament angestossen: Für die Petition «Recht ohne Grenzen» wurden 2011 135'000 Unterschriften gesammelt; im Parlament wurden seither viele Vorstösse zum Thema eingereicht. Für die Beantwortung der Vorstösse hat der Bundesrat verschiedene Berichte erstellt, zuletzt den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Bundesrat und Parlament haben das Problem zwar anerkannt, haben bisher aber keine verbindlichen Massnahmen verabschiedet.

DIE INITIATIVE

Dagegen hat sich eine Gruppe von Initianten 2015 entschlossen, eine Volksinitiative zu lancieren. Sie heisst «Konzernverantwortungsinitiative» und will in der Schweizer Verfassung eine Sorgfaltspflicht verankern, damit Schweizer Konzerne gesetzlich verpflichtet sind, Menschenrechte und Umwelt überall auf der Welt zu respektieren.

Diese Sorgfaltsprüfungspflicht soll dazu beitragen, nachteilige menschenrechtliche Auswirkungen zu verhindern, zu mindern und zu beenden. Die Unternehmen sollen die Erkenntnisse aus ihren Sorgfaltsprüfungen in alle internen Geschäftsbereiche und Abläufe integrieren und entsprechende Massnahmen ergreifen und diese dokumentieren.



GOLD

PRO

FÜR DEN SCHUTZ DER UMWELT UND DER MENSCHENRECHTE

Glencore vergiftet Flüsse im Kongo und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Und Schweizer Goldraffinerien beziehen Rohgold aus Kinderarbeit. Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Die Initiative will solchen Geschäftspraktiken einen Riegel schieben.

NICHT LÄNGER DIE AUGEN VERSCHLIESSEN

Der Bundesrat betont zwar, dass multinationale Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards einhalten müssen, doch er setzt lediglich auf freiwillige Massnahmen. Wie viele Skandale der letzten Jahre beweisen, reicht Freiwilligkeit nicht aus. Die Manager grosser Konzerne wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch manche von ihnen gewichten den Unternehmensgewinn höher als den Schutz von Mensch und Umwelt. Deshalb braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.

WER EINEN SCHADEN ANRICHTET, SOLL DAFÜR GERADE STEHEN

Die Initiative verpflichtet alle Konzerne, die Menschenrechte und Umweltstandards bei ihren Geschäften zu achten. Damit sich auch dubiose Multis an das neue Gesetz halten, müssen Verstösse Konsequenzen haben. Konzerne sollen deshalb in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen haften, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen.

EINE LÖSUNG MIT AUGENMASS UND OHNE BÜROKRATIE

Die Haftung ist auf Gesellschaften beschränkt, über die ein Konzern tatsächlich die Kontrolle ausübt. Wer verantwortlich wirtschaftet, hat nichts zu befürchten. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den illegalen Handel mit Tropenholz.

KEIN KONKURRENZVORTEIL MEHR FÜR RÜCKSICHTSLOSE KONZERNE

Heute wird verantwortungsloses Verhalten finanziell belohnt und kann einen Konkurrenzvorteil bedeuten. Die Initiative schafft mehr Gerechtigkeit zwischen fortschrittlichen Unternehmen und denen, die sich nicht um ihre Verantwortung kümmern und stellt sicher, dass in Zukunft alle Konzerne Menschenrechte und Umweltstandards achten.

CONTRA

WETTBEWERBSNACHTEILE FÜR DIE SCHWEIZER UNTERNEHMEN

Will man Unternehmen effektiv in die Verantwortung nehmen, müsste die ganze Wertschöpfungskette genauer angesehen und kontrolliert werden. Eine derart ausgestaltete Sorgfaltspflicht ginge entschieden weiter, als es andere Länder innerhalb Europas im Auge haben. Dadurch könnten fatale Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

UNTERNEHMEN ZIEHEN WEG

Weil Schweizer Unternehmen auch für Verletzungen von Menschenrechts- und Umweltstandards haften müssten, die von ihm kontrollierte Unternehmen oder Konzernuntergesellschaften im Ausland begehen, würde die bestehende Haftung für Konzernuntergesellschaften nach Schweizer Recht erheblich erweitert.

Dies könnte Wettbewerbsnachteile für die betroffenen Unternehmen zur Folge haben. Namentlich könnten Schweizer Unternehmen deswegen ins Ausland wegziehen, was zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.

MAN MACHT SCHON GENUG – FREIWILLIG

Unternehmen machen bereits heute grosse Anstrengungen, um ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen, denn kein Unternehmen will wegen Verfehlungen im Bereich der Menschenrechte oder der Umweltstandards an den Pranger gestellt werden. Die Initiative sei nicht nur unnötig, sondern torpediere sogar das freiwillige Engagement von international agierenden Firmen.

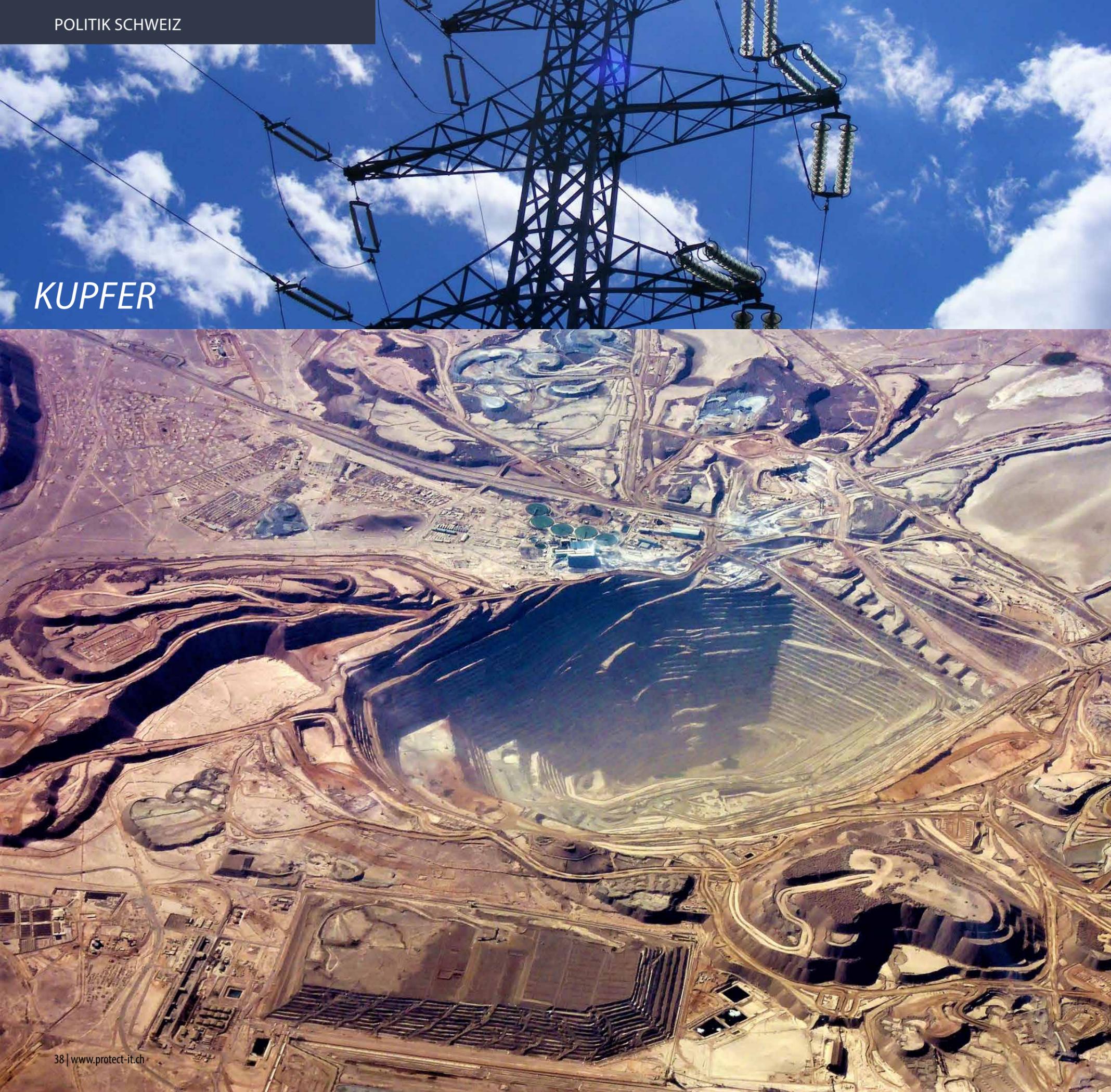
ALLEINGANG DER SCHWEIZ

Die Massnahmen, welche die Initiative einführen will, sind nicht international abgestimmt. Das betrifft insbesondere die verlangte ausdrückliche Sorgfaltsprüfungspflicht und die strenge Haftungsregelung. Weltweit kennt soweit ersichtlich keine andere Rechtsordnung solche umfassenden Massnahmen mit einer vergleichbar strengen Haftungsregelung. Ein solcher Alleingang würde den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährden.

WETTBEWERBSNACHTEILE FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN

Nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechts sind für Klagen aus unerlaubter Handlung die Gerichte am Wohnsitz des Beklagten oder die Gerichte am Handlungs- bzw. Erfolgsort zuständig. Die Initiative will eine Verschiebung der Zuständigkeit auf Schweizer Gerichte herbeiführen.

KUPFER



Fragen an - und Antworten der Initianten

Wieso braucht es die Konzernverantwortungsinitiative?

Immer wieder verletzen auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. – Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, durch Goldminen verschmutzte Flüsse, sind Beispiele dafür. Die Initianten, bestehend aus einer Koalition verschiedenster Unterstützer der Zivilgesellschaft, wollen solchen skrupellosen Geschäftspraktiken einen Riegel schieben.

Wer steht hinter der Initiative?

Die im April 2015 lancierte Konzernverantwortungsinitiative wird von einem breiten Verein getragen. Er besteht aus 114 Hilfswerken, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Vereinigungen sowie Aktionärsverbänden. Die Schweizer Sektion von Amnesty International ist seit Lancierung der Initiative aktiv dabei.

Was will die Initiative?

Mit der Initiative werden die Konzerne verpflichtet, den Schutz von Mensch und Umwelt in sämtliche Geschäftsabläufe zu integrieren, sie sollen eine sogenannte Sorgfaltsprüfung durchführen. Stellt ein Konzern fest, dass es in einer seiner Fabriken im In- und Ausland zu Menschenrechtsverletzung kommt, muss er diese stoppen und danach transparent über die getroffenen Massnahmen berichten.

Wofür haften Unternehmen genau?

Im Grundsatz gilt, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz dort haften, wo sie einen Missstand hätten verhindern oder beseitigen können, dies jedoch unterlassen haben. Sie haften also nur dann, wenn sie das Unternehmen, das den Schaden verursacht, kontrollieren. Kontrollierte Unternehmen sind typischerweise Tochterfirmen. Konzerne sollen nicht nur überprüfen, ob ihre Tochterfirmen rentabel wirtschaften, sondern auch sicherstellen, dass diese in ihren Geschäften die Menschenrechte und die Umwelt respektieren.

Was bedeutet Sorgfaltsprüfungspflicht?

Die Initiative verlangt von den Konzernen die Durchführung einer Sorgfaltsprüfung. Die grossen Konzerne wissen, wo in ihrer Geschäftstätigkeit Risiken für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden liegen. Bei der Durchführung der Sorgfaltsprüfung müssen die Konzerne die Risiken seriös analysieren und Massnahmen gegen allenfalls festgestellte Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards ergreifen. Danach müssen sie transparent über die getroffenen Massnahmen berichten. Das Instrument der Sorgfaltsprüfung kommt aus den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 im UNO-Menschenrechtsrat angenommen wurden.

Was passiert, wenn ein Konzern die Sorgfaltsprüfungspflicht verletzt?

Die Konzerne, die ihre Pflicht zur Sorgfaltsprüfung verletzen,

sollen für Schäden, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, geradestehen. Sie können in der Schweiz von den Opfern von Menschenrechtsverletzungen auf Schadenersatz verklagt werden. Kann ein Konzern vor Gericht nachweisen, dass er seine Verantwortung wahrgenommen hat, also alle nötigen Anweisungen an die Tochterfirma gegeben und die nötigen Kontrollen vorgenommen hat, ist er von der Haftung befreit.

Welche Menschenrechte müssen Konzerne im Sinne der Initiative respektieren?

Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen einen Minimalstandard respektieren, egal wo sie tätig sind. In der Schweiz sind die Einhaltung der Menschenrechte und der Respekt vor der Umwelt durch Unternehmen in einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen bereits geregelt. Diese gehen teilweise weit über die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards hinaus. Die Initiative will auch für die Auslandstätigkeit der Unternehmen minimale Anforderungen einführen.

Namentlich gehören dazu folgende Rechte: Das Recht auf Nahrung, auf Wasser, auf Gesundheit und auf Wohnen, das Recht auf Leben und Freiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, die Versammlungsfreiheit oder das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Welche Umweltstandards müssen Konzerne im Sinne der Initiative respektieren?

Bei den internationalen Umweltstandards handelt es sich um Normen, die ausserhalb des staatlichen Rechtssetzungsverfahrens zustande gekommen sind, u.a. Völkerrecht (z.B. das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung), internationale Organisationen (z.B. die Nachhaltigkeitsstandards der International Finance Corporation) sowie nichtstaatliche Standards (z.B. ISO-Standards).

Welche Unternehmen sind von der Initiative betroffen?

Grundsätzlich gilt die Initiative für alle grossen Unternehmen mit Sitz oder einem wichtigen Zentrum in der Schweiz.

Gilt die Initiative auch für KMU?

Kleine und mittlere Unternehmen sind grundsätzlich von der Initiative ausgenommen, es sei denn, sie seien in einem Hochrisikosektor tätig (z.B. Abbau oder Handel von Rohstoffen wie Kupfer oder Gold sowie der Handel mit Diamanten oder Tropenholz).

Was bedeutet die Initiative für den Bankensektor?

Auch Schweizer Banken würden bei Annahme der Initiative verpflichtet, Sorgfaltsprüfungen durchzuführen. Dies machen sie zum Teil heute schon, müssten aber, statt Stichproben, künftig alle Geschäftsverbindungen (Finanzierungen) überprüfen. Der Fokus der Überprüfung eines Geschäftes darf nicht alleine auf dem (finanziellen) Risiko für die Bank liegen, sondern muss sich auch auf die menschenrechtlichen Risiken für die von dem Geschäft potenziell betroffenen Personen erstrecken.

Was sagt die Staatengemeinschaft dazu?

Mit der Annahme der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurden alle Staaten aufgefordert, diese umzusetzen. Die Schweiz hat die Erarbeitung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte finanziell und personell unterstützt. Der Umsetzungsprozess wurde hingegen entscheidend durch Zivilgesellschaft und Parlament angestossen: Für die Petition «Recht ohne Grenzen» wurden 2011 135'000 Unterschriften gesammelt; im Parlament wurden seither viele Vorstösse zum Thema eingereicht. Für die Beantwortung der Vorstösse hat der Bundesrat verschiedene Berichte erstellt, zuletzt den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte.

Bundesrat und Parlament haben das Problem zwar anerkannt, haben bisher aber keine verbindlichen Massnahmen verabschiedet.

Andere Länder haben bereits Gesetze, damit ihre Konzerne gegen Zwangsarbeit vorgehen, Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffabbau verhindern oder auf den Handel mit illegalen Tropenhölzern verzichten. Die Konzernverantwortungsinitiative reiht sich damit ein in die internationale Entwicklung hin zu mehr gesetzlichen Verpflichtungen für Konzerne:

- Frankreich hat im Februar 2017 ein Gesetz für eine Sorgfaltsprüfungspflicht für französische Konzerne verabschiedet. Dieses Gesetz ist den Forderungen der Initiative sehr ähnlich.
- In Holland steht ein Gesetz kurz vor der Verabschiedung, das von den Unternehmen verlangt, dass in ihren Geschäften keine Kinderarbeit vorkommt.
- Die EU hat Gesetze für eine Sorgfaltsprüfungspflicht für Konzerne erlassen, die mit Konfliktmineralien oder mit Holz handeln.
- In den USA müssen Konzerne, die mit Konfliktmineralien zu tun haben, garantieren, dass beim Abbau der Mineralien keine Menschenrechte verletzt wurden.
- In England werden Unternehmen mit dem «Modern Slavery Act» verpflichtet, gegen Zwangsarbeit in ihren Geschäften vorzugehen.

UNTERSTÜTZER DER INITIATIVE



KONTAKTE UND HINTERGRUND

- Verein Konzernverantwortungsinitiative, Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern (031 390 93 36, info@konzern-initiative.ch)
- Konzernverantwortungs-Initiative bei Amnesty International (Schweiz) <https://www.amnesty.ch/de/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/konzernverantwortungsinitiative>
- Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum

Schutz von Mensch und Umwelt» vom 15. September 2017 (Umfassende Stellungnahme: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/6335.pdf>)

- Bundesbeschluss Entwurf über die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Gültigkeit der Initiative: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/6379.pdf>)

KRISE AM GOLF

ÜBERRASCHUNGS- ANGRIFF AUF SAUDI ARABIEN

Beim Angriff auf Abqaiq und Churais am 14. September 2019 wurden im östlichen Saudi-Arabien zwei Anlagen der saudi-arabischen Ölgesellschaft Saudi Aramco durch Drohnen und Marschflugkörper angegriffen: die Ölverarbeitung von Abqaiq und das grosse Ölfeld von Churais. Abqaiq gilt mit sieben Millionen Barrel verarbeitetem Rohöl pro Tag als eine der wichtigsten Erdölraffinerien der Welt.

> Von Anton Wagner



Saudi-Arabien angegriffen. Am 14. Mai wurden in Dodaia und Afif Pumpstationen der Ost-West-Pipeline und der Hafen von Yanbu, am 17. August das Öl- und Gasfeld von Shaybah angegriffen. Die Rebellen kündigten weitere und schwerere Aktionen an, wenn die saudische Aggression im Jemen anhalte. Die Huthi-Rebellen verfügen über Qasaf-Drohnen, die mit iranischen Ababil-II-Drohnen identisch sind. Der Typ Qasaf-1 hat eine Reichweite von 100 bis 150 Kilometer und kann 30 bis 45 Kilogramm transportieren.

TRUMP SIEHT DEN FEIND ANDERSWO

Die US-Regierung unter Donald Trump hingegen beschuldigt den Iran. US-Aussenminister Mike Pompeo teilte mit, dass es keinen Beweis dafür gebe, dass es tatsächlich Drohnen aus dem Jemen waren, die die Anlagen beschädigt hatten, und machte stattdessen den Iran für die Angriffe verantwortlich. Als Beleg wurden Satellitenbilder veröffentlicht, die anhand von Einschlagsstellen und Schadensmustern der präzisen Treffer belegen sollen, dass die Flugkörper nicht aus Richtung des rund 800 km entfernten Jemen im Süd-Westen gekommen waren, sondern eher aus Nord-Westen.

HERZ DER SAUDISCHEN ÖLINDUSTRIE

Wenn man mit geringen Mitteln möglichst viel Schaden anrichten will, ist Abqaiq dafür der richtige Ort. In der kleinen Wüstenstadt 60 km vom Persischen Golf und 1300 km von der Grenze zum Jemen entfernt, steht die wichtigste Ölfabrik Saudi-Arabiens. Aus dieser Region werden über fünf Prozent der weltweiten Ölproduktion geliefert, vor allem in die Megastädte Asiens. Und Öl treibt immer noch massgeblich die Weltwirtschaft an. Deshalb sind moderne Abwehr raketen in der Nähe, der amerikanische Geheimdienst hat ebenfalls Vertreter vor Ort.

WER SICH SICHER FÜHLT...

Abqaiq ist wie eine Festung, die eigentlich als kaum einnehmbar gilt. Es sei denn, jemand fliegt Kampfdrohnen unter allen Radarschirmen hindurch und setzt die Ölfabrik in Brand. Und genau das geschah an jenem 14. September frühmorgens gegen 3 Uhr Ortszeit. Nach Angaben von Huthi-Sprechern waren bei den Angriffen 10 Qasaf-2K-Drohnen beteiligt. US-Sprecher gehen aufgrund von Satellitenaufnahmen von mindestens 17 Einschlägen von Drohnen und wahrscheinlich auch von Raketen aus.

Die Angriffe verursachten Brände mit gewaltigen Flammen und dichten Rauchschwaden, die sich bis zu 150 Kilometer über Saudi-Arabien ausbreiteten. Satellitenaufnahmen zeigen massive Brände und eine starke Rauchentwicklung. In der Nacht zum Sonntag teilten saudische Sprecher mit, dass die Brände unter Kontrolle seien und dass es unter den Arbeitern der Raffinerie nach bisherigen Erkenntnissen keine Verletzten gegeben habe. Am 18. September stellten saudische Stellen in einer Pressekonferenz die Trümmerteile von 25 Drohnen und Marschflugkörpern vor, die nach ihrer Einschätzung in der Attacke verwendet wurden. Die geborgenen Trümmer und Überreste der 25 beim Angriff benutzten Flugkörper wurden als 7 Marschflugkörper und Teile von 18 Drohnen verschiedener iranischer Baumuster vorgestellt. Die genauen Ausgangspunkte der Angriffe könnten nach Einschätzung der Saudis jedoch noch nicht benannt werden.

VERGELTUNG DER HUTHI-REBELLEN?

Jemenitische Huthi-Rebellen, die im Jemen-Krieg von den Saudis bekämpft werden, bekannten sich kurz nach dem Angriff zu den Attacken. – Huthi-Rebellen haben aus dem Jemen bereits vorher Einrichtungen der Erdöl-Infrastruktur in



Angriffe der Houthi in Saudi-Arabien 2019



den beiden rivalisierenden Mächten der Region, Saudi-Arabien und Iran, sowie den Vereinigten Staaten, die traditionell das saudische Königshaus unterstützen. Auch das Machtgefüge innerhalb Saudi-Arabiens bröckelt. Insbesondere massiver Widerstand der schiitischen Minderheit könnte die Stabilität der absoluten Herrschaft der Saudis gefährden. Die Huthis kündigten weitere Anschläge gegen die Ölinfrastruktur Saudi-Arabiens an. Sie hätten Dutzende Ziele in den VAE, darunter Abu Dhabi und Dubai, die jederzeit ins Visier genommen werden könnten, erklärte inzwischen der Militärsprecher der Rebellen, Jahja Saria. Und sie würden nicht zögern, eine umgehenden Antwort zu geben, wenn die „feindseligen Operationen“ im Jemen nicht endeten.

PATRIOTS UND CO. VERSAGEN

Die Anschläge sind für die USA und Saudi-Arabien äusserst peinlich, da sie mit relativ einfacher Technologie durchgeführt wurden und durch die milliardenschweren Waffensysteme der USA nicht verhindert werden konnten. Die bekannten amerikanischen Luftverteidigungssysteme von Typen „Patriot“ und „Aegies“ sind offensichtlich nicht in der Lage gewesen, den Angriff auf die wichtigsten Ölanlagen in Saudi-Arabien abzuwehren.

Trotz modernster Abwehranlagen amerikanischer Provenienz, traf der Angriff die Saudis völlig überraschend – eine Gegenwehr erfolgte überhaupt nicht! Hilflös mussten sie

die Zerstörung ihrer Raffinerien hinnehmen! – Heisst das, dass diese Raketenabwehr-Systeme die geforderten Qualitätsstandards nicht erfüllen, dass sie nicht geeignet sind, massive Luftangriffe wie diesen zu verhindern?

An der nördlichen Grenze Saudi-Arabiens sind 88 einsatzbereite Patriot-Raketenwerfer stationiert, 52 davon in der neuesten Version PAC-3. Im Persischen Golf vor der Küste des Landes befinden sich unter anderem drei mit dem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgestattete US-Zerstörer.

Wie kann ein so leistungsstarkes Luftverteidigungssystem Dutzende von Drohnen und Marschflugkörpern verfehlen? Dafür kann es nur einen Grund geben: die von den Amerikanern hochgepriesenen Luftverteidigungssysteme Patriot und Aegis entsprechen nicht den deklarierten Standards – mögen sie gegen grössere Raketen wohl wirksam sein, so haben sie eine geringe Effizienz beim Einsatz gegen kleine Luftziele und Marschflugkörper.

US-Aussenminister Mike Pompeo hatte zuvor die amerikanischen Luftabwehrsysteme „Patriot“ nach dem jüngsten Vorfall in Saudi-Arabien verteidigt: Dass diese Systeme die Angriffe auf saudische Ölanlagen nicht abwehren konnten, ist laut dem Chefdiplomaten der Vereinigten Staaten erstaunlicherweise „nichts Ausserordentliches“.

IRAN REAGIERT EMPÖRT

Irans Aussenminister Mohammed Dschawad Sarif warnt vor einer drastischen Eskalation des Konflikts mit Saudi-Arabien

und den USA, sollte sein Land angegriffen werden. „Wir wollen keinen militärischen Konflikt ... aber wir würden nicht mit den Augen zwinkern, unser Land zu verteidigen“, sagte Sarif in einem Interview mit dem US-Nachrichtensender CNN. Ein Militärschlag gegen den Iran auf der Basis einer „Irreführung“ würde zu einem „umfassenden Krieg“ mit vielen Opfern führen, so der iranische Chefdiplomat. – Sarif wies erneut jegliche Beteiligung des Irans an den Angriffen auf wichtige saudische Ölanlagen zurück.

WER IMMER SPRICHT – ALLE SEITEN LÜGEN

Die Huthis werden vom Iran mit Technik für Raketen, Marschflugkörpern und eben Drohnen beliefert. Mit diesen Waffen beschossen sie regelmässig saudische Städte und ihre Infrastruktur: Wasserentsalzungsanlagen, Wohnhäuser, Ölpipelines. Sie haben weite Teile des Nordjemen erobert und in einer Art Putsch den gewählten Präsidenten vertrieben. Der wiederum wird von den Saudis unterstützt, die einen brutalen Luftkrieg führen, bislang ohne ihren Gegner besiegen zu können. – Dieser lokale Krieg ist eigentlich ein Kampf um die Vormachtstellung in der Region.

Die beiden Treiber, die regionalen Grossmächte, Iran und Saudi-Arabien, tragen ihn unter sich aus – und er kann jederzeit eskalieren, besonders, wenn die USA mit Ihrer Kriegsrethorik, Säbelrasseln und weiteren Sanktionen die Lage zusätzlich aufheizen.

Abbas Mussawi, der Sprecher des iranischen Aussenamtes, wies Vorwürfe strikt zurück: „Weil die US-Politik des maximalen Drucks auf den Iran gescheitert ist, sind die Amerikaner nun auf die der maximalen Lügen umgestiegen.“

VIELE FEINDE – AUCH IM EIGENEN LAND

Experten und Kenner Saudi Arabiens können sich hingegen als mögliche Täter oder Mittäter auch schiitische Milizen oder Vertreter der schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien selbst vorstellen, solche, die mehrfach Opfer der Repressionen des saudischen Königshauses waren.

DER ANGRIFF ZEIGT WIRKUNG

In der Folge des Angriffs brach die saudische Ölproduktion um rund die Hälfte ein. Der Rohölpreis stieg am nächstfolgenden Börsentag um rund 20 %. Wie weit es zu Engpässen, Preiserhöhungen für den Endverbraucher, sofortigen Einsparungen oder Rückgriffen auf Reserven kommen wird, ist nur schwer abzuschätzen, zumal die Saudis erklärten, dass die Ölförderung bis Ende September wieder auf dem gewohnten Level laufen werde.

Wichtigste Folge der Angriffe ist eine weitere Destabilisierung des Nahen Ostens und zunehmende Spannungen zwischen



DAS SNOWDEN-BUCH

FÜHRT DER WUNSCH NACH SICHERHEIT ZUR TOTALEN ÜBERWACHUNG?

Edward Snowden hat seine Memoiren veröffentlicht. Das Buch ist auch eine Geschichte über eine Zeit, in der Geheimdienste die Welt massenhaft überwachen. Die USA haben nun Klage gegen den Whistleblower erhoben, um dafür zu sorgen, dass er nicht von seinem Geheimnisverrat profitiert. Wo Snowden nach 2020 Asyl erhält, ist weiterhin offen.

> Von June Carter

Eigentlich sollte das am Dienstag veröffentlichte Buch von Ed Snowden „Permanent Record – Meine Geschichte“ keine Autobiografie sein. Dies sagte der Überwachungsexperte, der vor sechs Jahren enthüllte, wie umfassend US-amerikanische Geheimdienste die eigene Bevölkerung über Internet und Telefon ausspionieren und dabei auch Ausländer ins Visier nahmen, bei einer Videokonferenz der „Zeit“ in Berlin.

„Ich mag es nicht, über mich selbst zu reden“, verriet der Whistleblower. Er wollte ein Buch über historische Gewissensfiguren, wie beispielsweise Carl von Ossietzky, schreiben, die das Gesetz brachen, um dem Gemeingut zu dienen. Der deutsche Journalist Ossietzky wurde 1931 wegen Spionage verurteilt, weil seine Zeitschrift auf die verbotene Aufrüs-

tung der Reichswehr aufmerksam gemacht hatte. Die Verleger wollten aber ein persönlicheres Buch, und so ist „Permanent Record“ nun, laut Snowden, ein Buch, das zwar auch die Geschichte seiner Person erzählt, aber auch die Geschichte eines Zeitalters, in dem sich die Technik rapide ändert und eine Anleitung dafür, wie man die Macht, welche der Gesellschaft durch Unternehmen und Regierungen, unter anderem aus einem falschen Sicherheitsverständnis, gestohlen wurde, wiedererlangen könne.

KLAGE WEGEN SNOWDEN BUCH: USA BEANSPRUCHEN EINKÜNFEN

Dass die Memoiren des Ex-US-Geheimdienstlers ein Bestseller werden, scheint nahezu sicher. Dass der Autor daran gut verdient, jedoch nicht. Das US-Justizministerium teilte am Dienstag mit, Snowden habe mit dem Buch gegen Vertraulichkeitsvereinbarungen verstossen. Ihm wird vorgeworfen, das Buch veröffentlicht zu haben, ohne es vorab zur Überprüfung vorzulegen. Er hatte für die CIA und die NSA gearbeitet und dort entsprechende Vereinbarungen unterschrieben. Nicht die Veröffentlichung oder Verbreitung des Buches sollte gestoppt werden, stattdessen wolle die Regierung auf die Einnahmen zugreifen, die das Buch erziele. Der Staatsanwalt für den östlichen Distrikt im Bundesstaat Virginia, Zachary Terwilliger, sagte der Mitteilung vom Dienstag zufolge: „Geheimdienstinformationen sollten unsere Nation schützen, nicht persönlichen Profit liefern.“

Ob das den Computerfachmann in finanzielle Schwierigkeiten bringt, ist fraglich. Laut einer Recherche des Journalisten



Michael Kelley von „Yahoo Finance“ von 2017 soll Snowden in den Jahren 2015 und 2016 für Reden und Interviews 200.000 Dollar Honorar erhalten haben.

BLEIBERECHT IN RUSSLAND ENDET 2020

Die aktuelle Aufenthaltsgenehmigung in Russland, wo der Whistleblower aktuell lebt, endet 2020. Eine Verlängerung ist wahrscheinlich. Snowden selbst hofft allerdings immer noch auf politisches Asyl in Deutschland oder Frankreich.

„Ich glaube, dass jeder, der einigermaßen objektiv auf die Geschichte blickt, erkennen wird, dass, wenn Deutschland mich aufnehmen würde, es inzwischen nicht mehr als ein feindlicher Akt gegen die USA aufgefasst werden würde“, sagte Snowden der „Welt“. Doch ein erfolgreiches Asylgesuch an Deutschland dürfte unwahrscheinlich sein, da die deutsche Regierung Ärger mit den USA befürchten würde. Nathalie Loiseau, Europaabgeordnete von Emmanuel Macrons Regierungspartei LREM (La République en Marche), sprach sich am Montag für die Aufnahme Snowdens in Frankreich aus. Derweil kümmert sich Russland um die Menschenrechte des westlichen Freiheitskämpfers. In seiner Biografie schreibt



Snowden: „Man lieferte Russland damit einen großartigen Propagandasieg frei Haus.“ Gerüchten, er kooperiere mit dem russischen Geheimdienst, widerspricht er in seinem Buch, schließlich verbrachte er vierzig Tage auf dem Moskauer Flughafen und bat 27 Staaten um Asyl, bevor Russland ihm vorläufiges Asyl gewährte. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ kritisierte Snowden die russische Regierung, als in vielerlei Hinsicht korrupt: „Die Russen sind warmherzig, sie sind klug. Ihre Regierung ist das Problem, nicht das Volk. – Also: Nicht der Regierung vertrauen.“

In einem Interview mit dem Journalisten Holger Stark sagte er allgemeiner: „In einem freien Land darf man der Regierung nicht vertrauen. Die Regierung muss immer einen bereits verlorenen Kampf führen. Sie muss versuchen, die Bürger der Gesellschaft zu überzeugen, dass die Autorität, die sie erlangen will, das Geld, das sie ausgeben will, die Politik, die sie führen will, nötig ist. Und es sollte ihr nur ganz knapp gelingen uns zu überzeugen. Dann haben wir eine Regierung, die nur das tut, was nötig ist, um das Gemeinwohl zu beschützen. Die nur das tut, was sie muss, anstatt dem, was sie kann.“

RACIAL PROFILING UND ANTIRASSISTISCHER WIDERSTAND

DAS GEFÄHRLICHE FREMDE

Racial Profiling ist eine der sichtbarsten Formen von strukturell rassistischer Gewalt, die gleichzeitig häufig übersehen oder «ausgeblendet» wird.

> Einleitende Gedanken aus dem Buch von Mohamed Wa Baile, Serena O. Dankwa, Tarek Naguib, Patricia Purtschert, Sarah Schilliger

KONTROLLEN – INSTRUMENT DER STAATSGEWALT

Sichtbar ist sie, weil die Kontrollen durch die Polizei und die Grenzbehörden in öffentlichen Räumen durchgeführt werden: auf Strassen, in Bahnhöfen und Zügen, bei Grenzübertritten, an urbanen Flussufern, in Rotlichtvierteln, in Einkaufszentren und Ausgehmeilen. Sichtbar ist Racial Profiling aber auch, weil schwarze Menschen und People of Color «unübersehbar» und unentrinnbar davon betroffen sind.

WUNSCH NACH NORMALITÄT – WIR SEHEN WEG

Doch obwohl rassistische Kontrollen im öffentlichen Raum stattfinden, wird diese polizeiliche Praxis von einem grossen Teil der Gesellschaft nicht als Rassismus (an)erkannt. Viele Menschen gehen an den Polizeikontrollen vorbei, sie schauen weg, schreiten nicht ein und engagieren sich nicht für deren Abschaffung. Viele äussern direkt oder hinter vorgehaltener Hand Verständnis für die Kontrollen und sind froh, dass sie durchgeführt werden. Racial Profiling wird auf diese Weise «normal» und unsichtbar gemacht, weil ausgeblendet. Ungelesen und unwidersprochen bleibt dabei die diskriminierende Macht der staatlichen Institutionen, die über das Gewaltmonopol verfügen, um angeblich Sicherheit für alle zu gewährleisten.

POLIZEI SELEKTIERT – UNWIDERSPROCHEN

Polizeikontrollen sind eine zentrale Praxis in der Herstellung gesellschaftlicher Unterschiede und segregierter Räume. Die Polizei stützt sich bei der Durchsetzung des Migrations-, Straf- und Ordnungsrechts auf staatlich legitimierte Kriterien einer vorgestellten bedrohlichen «Andersheit», auf die hin der öffentliche Raum durchsucht und vor der er «beschützt» und von der er «befreit» werden soll. – **Damit wird auf drastische Weise sichtbar, wer nicht als Mit-Bürger/in gilt und damit von Anfang an dem Verdacht ausgesetzt ist, kriminell oder «illegal» zu sein oder zu stören.**

GEFAHR HEISST – FARBIG, SICHER ABER ANDERS

Die gängige Meinung besagt, dass sich Racial Profiling auf körperliche, religiöse oder kulturelle Unterschiede stützt, um Gefahren ausmachen zu können, die von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgehen und aus Statistiken abgeleitet werden können. Doch es ist anders rum: **Mithilfe von Racial Profiling werden Praktiken der Rassifizierung, das heisst die Konstruktion einer Trennlinie zwischen «Eigenen» und «Fremden» in einer Gesellschaft, überhaupt erst in Umlauf gebracht, zur Schau gestellt, legitimiert und normalisiert.**

RASSISMUS – DIMENSIONEN UND SYMBOLE

Die Beschäftigung mit Racial Profiling ermöglicht deshalb einen Einblick in die Funktionsweise und Gewaltförmigkeit von Rassismus. Dabei lassen sich verschiedene Dimensionen ausmachen:

- struktureller Rassismus
- Alltagsrassismus
- Produktion und Reproduktion von Rassismus durch institutionelle Praktiken des Rechtsstaats.

Die Beschäftigung mit Racial Profiling ermöglicht es zudem nachzuvollziehen, wie Rassifizierungspraktiken sich verändern. Welche Bedeutung etwa dem Kopftuch, dem Kreuz, dem Bart, der Kippa, dem Niqab, dem Anzug mit Krawatte, dem



Davidsstern, dem Jogginganzug, dem Dastar oder dem Habit von Nonnen zugeschrieben wird, ist Gegenstand ständiger Umdeutungen. Welche Zeichen, welche Symbole und welche Körper als zugehörig oder fremd gelesen werden, untersteht einerseits einem andauernden Wandel. Gleichzeitig zeugen die rassistischen Differenzen, die dem Racial Profiling zugrunde liegen, von grossen Kontinuitäten, die oftmals ins koloniale Zeitalter zurückreichen.

RASSISMUS ALS IDEE UNSERER ÜBERLEGENHEIT

Das Problem des Racial Profiling ist nicht als isoliertes Phänomen zu betrachten, sondern als Ausdruck eines gewaltförmigen, strukturellen Rassismus, der die Gesellschaft prägt, in der wir leben. **Es ist eine Gesellschaft mit einer postkolonialen Geschichte, die auf der Vorstellung der Überlegenheit der westlichen Kultur gründet.** Einer Kultur, in der der Zugriff auf Schwarze und andere nichtweisse Körper fortwährend legitimiert wird und mit schweren Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte von Menschen, die mithilfe rassistischer Zuschreibungen zu Fremden gemacht werden, verbunden ist.

DIE GEFÄHRLICHEN SCHWARZEN MÄNNER

Wenn wir den Medienberichten Glauben schenken, scheint Racial Profiling mehrheitlich schwarze Männer zu treffen. Zudem sind die wenigen Menschen, die mit juristischen Mitteln gegen Racial Profiling vorgehen, meist schwarze Männer mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus beziehungsweise einem Schweizer Pass.

Tatsächlich von Racial Profiling betroffen sind jedoch viele mehr Menschengruppen, wie auch eine aktuelle Untersuchung der «Kollaborativen Forschungsgruppe Racial Profiling» für die Schweiz zeigt. **Fakt ist, dass Menschen, die von rassistischen Polizeikontrollen berichten, sich unter anderem als People of Color, Asiaten/innen, Muslime/innen, Sintezas, Roma/nja oder Jenische bezeichnen.** Darunter sind sowohl Menschen, die in der Schweiz aufgewachsen sind, wie auch Geflüchtete und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus oder ohne Aufenthaltsrecht. Es sind Menschen, die sich durch eine spezifische und sichtbare «Abweichung» von der «mythischen Norm» unterscheiden, die der weisse, heterosexuelle, christliche und finanziell gesicherte Mann verkörpert.

AKZEPTIERTE GEWALT

Wenn eine kontrollierte Person weitere Abweichungen von dieser Norm aufweist oder sich tatsächlich rechtlich im Graubereich bewegt, etwa weil sie als Sexarbeiterin in ihrer Wohnung Freier empfängt, gilt eine Polizeikontrolle als gerechtfertigt. **Sogar bei leichten Verstössen gegen Ordnungswidrigkeiten werden gewaltvolle und staatlich verordnete Zugriffe toleriert, wenn sie rassifizierte Personen betreffen,** beispielsweise wenn ein/e Roma/nja-Musiker/in an der «falschen» Strassenecke musiziert. Als angemessen gelten auch gewalttätige polizeiliche Kontrollen von abgewiesenen Flüchtenden, die bereits durch ihre schiere Präsenz gegen ausländerrechtliche Bestimmungen verstossen.

MENSCHEN ZU TÄTERN MACHEN

Während Racial Profiling von der Suche nach Täter/innen geleitet ist, hat die Polizei auch den Auftrag, potenzielle Opfer zu schützen. Doch wenn Schutzmassnahmen ohne die Beteiligung und über die Köpfe der Betroffenen hinweg beschlossen und angewendet werden, entpuppen sie sich in der Praxis als Kontrollinstrumente. Dies zeigt sich nicht zuletzt, wenn Sexarbeit automatisch mit Ausbeutung, Zwang und Frauenhandel gleichgesetzt und mit ausländerrechtlichen Massnahmen bekämpft wird. Anstatt die Rechte von Sexarbeitenden zu stärken, die es ihnen ermöglichen würden, gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen vorgehen zu können, werden repressive Prostitutionsgesetze gefordert und eingeführt – teilweise auch von Feministinnen, welche insbesondere migrantische Sexarbeiterinnen als handlungsunfähige, hilflose Opfer darstellen und dadurch entmündigen. **Emanzipation und die Fähigkeit, bewusste Entscheidungen für oder gegen eine Erwerbstätigkeit als Sexarbeiter/in zu fällen, scheint anhand von Herkunft zugeschrieben zu werden.** Marginalisierungen, mit denen sich Sexarbeitende in der Schweiz konfrontiert sehen und die es Aktivist:innen schwer machen, gegen Racial Profiling und eine rassistierte Ökonomie des Begehrens vorzugehen.

WIDERSTAND GEGEN AGGRESSIVE POLIZEI-PRAKTIKEN

Dass ganz unterschiedliche Menschen von Racial Profiling betroffen sind, zeigt sich auch im Widerstand gegen diese polizeilichen Praktiken. In jüngster Zeit formieren sich nicht nur in den USA und in Kanada neue Widerstandsbewegungen wie Black Lives Matter, sondern auch in westeuropäischen Ländern. – In der Deutschschweiz ist 2016 durch den Gerichtsprozess von Mohamed Wa Baile eine Bewegung von Menschen angestossen worden, die gegen rassistische Polizeipraktiken ankämpfen.

AKTIVE AUFKLÄRUNG

In der Allianz gegen Racial Profiling setzen sich Menschen, die rassistischer Polizeigewalt ausgesetzt sind, und deren Verbündete – Wissenschaftler/innen, Kulturschaffende und Vertreter/innen von Menschenrechtsorganisationen – gemeinsam dagegen ein. Die Mittel, die sie dafür wählen, reichen von wissenschaftlichen Untersuchungen, Prozessbeobachtungen vor Gericht, Tribunal-Inszenierungen und Medienberichten über politische und kulturelle Anlässe bis zu Kampagnen und öffentlichen Stellungnahmen. **Wichtig ist der Allianz, die Komplexität von Racial Profiling sichtbar zu machen,** unter anderem auch aufzuzeigen, dass nicht nur schwarze Männer, sondern verschiedenste Gruppen vom Racial Profiling betroffen sind. So sind zum Beispiel Jenische, Sinti/ezza, Manouches und Roma/nja, die eine seminomadische Lebensweise als «Fahrende» praktizieren, praktisch alltäglich dem antiziganistischen Verdacht der Kriminalität ausgesetzt und werden als störend stigmatisiert. Sie werden von der Polizei bei jeder Gelegenheit nach ihren Ausweisen und der Reisenden-Gewerbebewilligung gefragt, und gleichzeitig wird im Register nachgeschaut, ob noch eine Busse offen ist.



KAMPF UND AUFKLÄRUNG AUCH IN DER SCHWEIZ

Das Engagement der Allianz ist eingebettet in die langjährigen Kämpfe unterschiedlicher Kollektive und Organisationen, die sich gegen die teilweise rassistische und repressive Migrationspolitik der Schweiz engagieren. Bei den verschiedenen politischen Kollektiven, die sich aktuell in der Schweiz gegen Racial Profiling einsetzen, nehmen schwarze Frauen und «Frauen of Color» eine bedeutsame Rolle ein. Darunter sind auch viele Frauen, die ihren Lebensmittelpunkt in Westeuropa haben und über die «richtigen Papiere» verfügen. Es sind Frauen, die Selbstbewusstsein, Identifikationen, Organisationsformen und Bündnisse entwickelt haben, um rassistisches Wissen zur Sprache zu bringen und sich dagegen zu wehren, dass sie selbst und ihre Töchter, Nichten, Mütter und Freundinnen, ihre Freunde, Väter, Söhne, Neffen und Brüder rassistische Erniedrigungen und Angriffe erfahren.

WICHTIGE ARBEIT FÜR DEN INNEREN FRIEDEN DER GESELLSCHAFT

Es ist wichtig, den Blick auf Rassismus und Widerstand zu erweitern, um die Perspektiven und das Wissen von Frauen sichtbar machen zu können. Dabei geht es um weit mehr als darum, Rechte zu sichern und auszuweiten sowie Respekt und Teilhabe an institutionellen Politiken einzufordern, was erst mal immer nur den Privilegiertesten einer marginalisierten Gruppe gelingt. – Es geht darum zu zeigen, dass Racial Profiling eine gewaltvolle Technik ist, mit der Menschen entlang unterschiedlicher Differenzen, zu denen neben Rasse insbesondere Geschlecht, Sexualität, Klasse, Religion und Alter gehören, zu Anderen und Fremden gemacht werden.

PROBLEMATISCHE POLIZEIEINSÄTZE SIND AUCH IN DER SCHWEIZ KEINE SELTENHEIT

Wir, die Bürger, sind aufgefordert, hinzuschauen: Wer ist schuld daran, wer ist verantwortlich dafür, wer muss in die Pflicht genommen werden? **Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, dass diese Fragen nicht nur beantwortet werden, sondern überhaupt erst gestellt werden können.** Es sei allerdings davor gewarnt, die Kritik an Racial Profiling allein auf Individuen und Einzelfälle, zum Beispiel die Polizisten/innen, auszurichten. Es ist eine zentrale Funktionsweise neoliberaler Gesellschaften, dass gesellschaftliche Prozesse fragmentiert und einzelnen Individuen zugeschrieben werden. Was dabei aus dem Blick verschwindet, ist genau das, worauf wir unseren Blick richten sollten: auf die strukturellen Dimensionen und die gesamtgesellschaftliche Einbettung von Racial Profiling. Denn die Lösung für das massive Problem der rassistischen Staatsgewalt kann nicht den einzelnen Polizeibeamt/innen aufgebürdet werden.

Das heisst nicht, dass diese nicht auch selbst entscheiden können und mitbeteiligt daran sind, ob sie rassistisch handeln oder nicht. Oder dass Polizisten/innen, die unrechtmässig Gewalt anwenden, nicht vor Gericht gestellt und bestraft werden sollen.

WOHER STAMMT DIE AKZEPTANZ RASSISTISCH MOTIVIERTEN VERHALTENS

Es bedeutet aber, nicht bei den Taten von Einzelnen stehen zu bleiben, sondern zu fragen, wie rassistisch motiviertes Verhalten alltäglich gemacht wird und als richtig gelten kann. Warum werden rassistische Praktiken von staatlichen Institutionen anerkannt, gestützt und sogar befördert? Und warum führen rassistische Polizeikontrollen nicht zu einem Aufschrei und einem permanenten Widerstand in einer Gesellschaft, die sich als demokratisch, egalitär und liberal versteht? Wie kommt es dazu, dass Racial Profiling als Polizeitaktik gilt, die unerlässlich ist, um «Ordnung» und «Sicherheit» in einem souveränen Nationalstaat aufrechterhalten zu können?

Es sind gerade die konkreten, alltäglichen Routinen der staatlichen Behörden gegenüber Menschen in prekären Lagen, die uns Einblicke in das eigentliche «Herz des Staates» geben. Es gilt also institutionelle und strukturelle Elemente von Racial Profiling aufzuzeigen und das Phänomen in einem grösseren gesellschaftlichen Kontext zu verorten.

UNHEIMLICHE WURZELN - RASSEFREIER RASSISMUS

Dabei geschehen zwei Dinge: Einerseits werden viele Mechanismen des Racial Profiling erst dadurch verständlich, dass sie als Bestandteil einer grösseren rassifizierten Ordnung begriffen werden. Andererseits wird Racial Profiling zu einem Prisma, durch das hindurch wir erkennen können, wie sehr unsere Gesellschaft auf rassistischen Strukturen beruht.

In Westeuropa und besonders in der Schweiz ist eine solche Erkenntnis noch immer bahnbrechend, weil hier die Vorstellung verbreitet ist, dass «Rasse» mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschafft wurde. Seither, so besagt eine verbreitete Meinung, würden Rassifizierungsprozesse nur noch in Ländern wie den USA und Südafrika, die ein spezifisches «Rassenproblem» haben, eine Rolle spielen. **Und Westeuropa, wo die modernen Rassenvorstellungen ihren eigentlichen Ursprung haben, wird in einer solchen Darstellung als Ort stilisiert, an dem Rassismus erfolgreich überwunden wurde.** Man kann dies auch als «Raceless Racism» bezeichnen. Es handelt sich dabei um einen strukturell wirkmächtigen Rassismus, der sich dadurch auszeichnet, dass die Bedeutsamkeit von Rassifizierung kontinuierlich in Abrede gestellt wird. Eine oftmals vernachlässigte, für das gemeinsame Zusammenleben aber enorm bedeutsame Frage ist vor diesem Hintergrund, was es für «People of Color» bedeutet, in einer Gesellschaft ständig als bedrohliche/r Fremde/r adressiert zu werden.

VERSTECKTER ALLTAGSRASSISMUS

Was ist der Preis für die Betroffenen für dieses ständige Wachsamseinmüssen, dieser ständigen Bereitschaft, sich zu verteidigen, erklären oder legitimieren zu müssen? Wie wirkt es sich auf das Leben, auf die Gesundheit, auf die Partizipationsmöglichkeiten von People of Color in einer weissen Mehrheitsgesellschaft

wie derjenigen der Schweiz, Deutschlands oder Österreichs und anderer europäischer Staaten aus? **Eine solche grundlegende Auseinandersetzung mit Rassismus erfordert, das Gewöhnliche, Unauffällige und Selbstverständliche infrage zu stellen.** Um Alltagsrassismus überhaupt erkennen und seine Wirkweise aufdecken zu können, muss sich die Kritik auf das richten, was als normal und akzeptabel gilt oder als Teil «unserer Kultur» verteidigt wird.

DIE UNHEIMLICHE QUELLE – DIE RASSISTISCHE GESCHICHTE EUROPAS

Rassistische Vorstellungen dienen oft als «unhinterfragte Vorrannahmen» der Alltagskultur, z.B. wie dass Polizisten/innen den Eindruck haben, im nichtweissen Gegenüber etwas Kriminelles zu «sehen» und dass viele Menschen in der Bevölkerung die Einschätzung teilen, Racial Profiling sei nötig, um «bedrohlichen Fremden» auf die Spur zu kommen. Und dass weisse Richter/innen meinen, sie müssten einer nichtweissen Person noch mal deutlich machen, wie das «läuft bei uns». All das sind **Einstellungen, Wahrnehmungen und Gefühle, die sich in die Köpfe, Denk- und Fühlweisen vieler Menschen, weisser und nichtweisser, eingeschrieben haben.** Obwohl sich dieses Wissen für sie als «richtig», «natürlich» und «wahr» anfühlt, geht es – was diese oftmals nicht wissen und noch öfter nicht wissen wollen – auf die vielfach verschwiegene rassistische Geschichte Europas zurück.

SCHWARZE FRAUEN – OHNE ANERKENNUNG

Ein anderes Phänomen des Alltagsrassismus ist die fehlende Anerkennung von schwarzen Frauen als gesellschaftliche Akteurinnen. Dieses Unsichtbarmachen korrespondiert mit einer enormen Sichtbarkeit sexualisierter und rassistischer Bilder schwarzer Frauen. Es gibt die Bilder der schwarzen Frau als Sexobjekt, als Sozialfall, als übergewichtige Mutterfigur oder auch starke schwarze Frau. Was im Mainstream jedoch fehlt, sind nicht stereotypisierende Bilder normaler, unauffälliger, schwarzer Weiblichkeiten, die im Alltag leben, arbeiten, sich fortbewegen und agieren wie andere Frauen rund um den Globus.

STEREOTYPEN – DER EINFACHSTE WEG, DAS FREMDE EINZUSTUFEN

Diese Ausführungen zeigen, wie sehr Alltagsrassismus mit Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität verschränkt ist. **Stereotype Bilder von schwarzen Frauen** können oftmals auf eine männliche, weisse und heterosexuelle Perspektive zurückgeführt werden, deren Begehren, Ängste, Abwehrhaltungen, Fantasien und Wünsche sie zum Ausdruck bringen.

Ähnliches lässt sich mit Bezug auf **stereotype Bilder über schwarze Männer** sagen, die im Alltagsrassismus ebenfalls tief verankert sind. In kolonialen Vorstellungswelten gelten Schwarze Männer als unkontrolliert und triebgeleitet und als «moralisch korrupt, hypersexuell und daher bedrohlich».

Solche Bilder sind beim Racial Profiling oftmals im Spiel. Ein aktuelles Beispiel ist der Gerichtsfall von Wilson A., der bei ei-



ner gewalttätigen Polizeikontrolle fast ums Leben gekommen wäre. Die Polizisten wurden freigesprochen, weil die Staatsanwältin und das Gericht die Darstellung der Verteidigung übernommen hatten, die Wilson A. als «starken, irrationalen, durch Hormone und Emotionen unkontrollierten Mann» beschrieb, der «nur durch brachiale Gewalt in Schach gehalten werden konnte».

KOLONIALE VERGANGENHEIT

Die Verbindung zwischen Gefahr und schwarzer Männlichkeit kann darum so leicht gezogen werden, weil schwarze Männer in der kolonialen Vorstellungswelt immer schon als potenziell kriminell dargestellt wurden. In der Forschung werden solche Formen des Rassismus als «othering» bezeichnet. **Der Begriff bedeutet so viel wie «eine Person oder Gruppe zu Anderen oder zum Anderen machen» und zeigt an, dass rassistische Vorstellungen von «Anderen» dazu dienen, idealisierte Bilder des Eigenen herzustellen.** Indem sie behaupten, schwarze Männer seien triebgeleitet und primitiv, können sich weisse Männer im Kontrast dazu als rational und zivilisiert darstellen. Gleichzeitig ermöglicht ihnen dieses «othering», Fantasien und Begehren auf die exotisierten, vergeschlechtlichten und sexualisierten «Anderen» auszulagern. Dieser Prozess beruht auf der Begegnung mit einem geahnten, aber nicht wahrgenommenen Aspekt unserer selbst, die uns mit einem Gefühl der Beunruhigung reagieren lässt.

MACHT, DIE AUS VERUNSICHERUNG STAMMT

Diese Verunsicherung kann Ablehnung oder Faszination hervorrufen: Auch deshalb wollen wir den anderen besitzen, beherrschen, steuern oder, wenn wir es denn schaffen, ihn zu unserem Spiegelbild verklären. In beiden Fällen, der Beunruhigung wie der falschen Verbeugung, verweigern wir dem Gegenüber die Individualität, die Fülle der Persönlichkeit, auf der wir für uns bestehen.

Wer auf diese Weise zur Anderen oder zum Anderen gemacht wird, hat keine Chance, als eigenständiges Subjekt mit einer spezifischen Geschichte erscheinen zu können.

Othering bedeutet die Fixierung auf einige wenige, verzerrte und von einer gewaltsamen Geschichte durchwirkte Attribute. Die Verbindung zwischen Kriminalität und schwarzer Männlichkeit, die fest im postkolonialen Gedächtnis westlicher Gesellschaften verankert ist, erleichtert den gewalttätigen Zugriff auf die als «fremd» und «bedrohlich» wahrgenommenen männlichen schwarzen Körper. Wohl ähnlich war und ist es mit den Juden, die, da sie den «Messias» getötet haben sollen, seit jeher verfolgt, diskriminiert wurden und für alle Unglücke aller Zeiten büssen mussten.

RACIAL PROFILING – ALS GESELLSCHAFTLICHES PHÄNOMEN

Im Phänomen des Racial Profiling übertrug sich diese wohl trainierte Gewohnheit, auf Stereotypen zurückzugreifen, auf das Grundgefühl der europäischen Gesellschaften, betraf schliesslich alles Fremde, vom heutigen Juden bis zum heimatlosen Roma, vom Schwarzen auf allen Kontinenten – der in vielen Köpfen immer noch der Neger ist – bis zum Italiener der Schwarzenbach-Initiative. Und auch der Chinese steht – nach dem Japs und dem Russen früherer Zeiten – drohend am Horizont.

Und immer ist es die Angst vor Überfremdung, Kriminalisierung und der Sorge um unseren Wohlstand, der durch die «others» geraubt werden könnte. Es ist aber auch die arrogante Grundhaltung, etwas Besseres, eine überlegene Rasse oder Gesellschaft zu sein, moralisch und in Sachen Qualität und Intelligenz, Wehrhaftigkeit, Fleiss und Anstand. Und so ruht dieses Racial Profiling unbewusst in unserem Denken, auch in dem unserer Polizisten/innen.

INFOBOX

ALLIANZ GEGEN RACIAL PROFILING

Die «Allianz gegen Racial Profiling» ist ein Zusammenschluss von Aktivist*innen, Kulturschaffenden, Wissenschaftler*innen, People of Color sowie Menschenrechtsorganisationen und Personen, die sich gegen institutionellen Rassismus in den Schweizer Polizeikörpern zur Wehr setzen. Die Bewegung ist erstmals im Jahr 2016 an die Öffentlichkeit getreten und trägt wesentlich dazu bei, dass das Thema in der schweizerischen Bevölkerung präsent bleibt. Das Buch «Racial Profiling und antirassistischer Widerstand» ist im Transcript-Verlag erschienen (www.transcript-verlag.de).





VICTORINOX

COMPANION FOR LIFE



CYBERTOOL

34 functions, 91 mm, 157 g

Victorinox AG, Schmiedgasse 57, CH-6438 Ibach-Schwyz, Switzerland
T +41 41 818 12 11, F +41 41 818 15 11, info@victorinox.ch